Sonntag, 5. Juni 1932
Nr. 131. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Berliner Arbeiter!
Montag
Wichtige Versammlung
in den Pharus-Sälen
Redner: **Seydewitz** und **Rosenfeld**
Sorgt für Massenbesuch!

Sozialistische Arbeiter-Zeitung
DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Staatsstreich ist erfolgt!

Reichstag widerstandslos abgedankt

Provokatorische Regierungserklärung!

Notverordnungsregime fortgesetzt — Unterstützungsraub angekündigt!

TU. Berlin, 4. Juni 1932

Die in der heutigen Vormittagssitzung des Kabinetts beschlossene Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„In einer der schwersten Stunden der **vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.**

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen:

Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können.

Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens

die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens

eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren:

Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parität willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf

außenpolitischem Gebiete

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande völlige Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen aus den Gebieten des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben und den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist.

Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland, führen.

Das Auflösungsdekret

Neuwahlen am 24. oder 31. Juli.

Berlin, 4. Juni 1932.

Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident
gez. **von Hindenburg**
Der Reichskanzler
gez. **von Papen**
Der Reichsminister des Innern
gez. **Frhr. v. Gayl.**

*

Der Termin für die Wahlen zum Reichstage wurde noch nicht festgesetzt, weil sich der Reichsinnenminister erst mit den Ländern in Verbindung setzen will. In Betracht kommen wahrscheinlich nur der 24. oder der 31. Juli.

Das Kabinett Herriot perfekt

Herriot hat nach achtstündigen Verhandlungen das neue Kabinett gebildet. Die entscheidenden Ministerien wurden wie folgt besetzt: Ministerpräsident und Außenminister: Herriot; Justizminister und Vizepräsident: Renoult; Innenminister: Chautemps; Kriegsminister: Paul-Boncour; Marineminister: Leygues; Luftfahrtminister: Painlevé; Finanzminister: Germain-Martin; Minister für öffentliche Arbeiten: Daladier; Kultusminister: de Monzie; Sozialminister: Dalisier; Handelsminister: Durand; Kolonialminister: Sarraut.

Das neue Kabinett verfügt im Parlament nur über eine Minderheit, Herriot beabsichtigt somit, zunächst mit wechselnden Mehrheiten **zu regieren.**

Die Stimme des Faschismus!

Das bonapartistische Staatsstreichkabinett der Putschisten aus dem Herrenklub hat den Reichstag aufgelöst!

Der bei seinem Präsidenten Löbe kühn aufzüngelnde Wille zum Widerstand ist ebenso rasch erloschen, wie er gestern entflammt war. Der Aeltestenrat ist nicht zusammengetreten, nicht einmal dieser Aeltestenausschuß. Der Reichstag hat sich nach Hause schicken lassen ohne zu mucksen. Um so kräftiger schnarrt jetzt das Wahlgrammophon seiner Mehrheitsparteien, eingefrorene Posthorntöne versucht vor allem die Sozialdemokratie ihrer Platte zu entlocken.

Es ist ungeheuerlich, mit welcher natürlichen Selbstentmannung sich diese Garde der bürgerlichen Demokratie dem Streich der Putschisten unterwirft, widerlich, wie sie gleichzeitig, um ihre Knochenerweichung zu bemänteln, papierene Kriegserklärungen losläßt.

Als ob es darum ginge, einen parlamentarischen Wahlkampf, wie andere auch, zu beginnen, während doch gleichzeitig die Konterrevolution blutigen Ernst macht . . .

*

Hätte es dafür außer der frechen Auflösung des Reichstages mit einem Federstrich selbst noch eines Beweises bedurft, die Erklärung des Staatsstreichkabinetts zu dieser Auflösung hätte ihn erbracht.

Der Staatsstreich selbst hat das freundlichste Echo bei Hitlers Bürgerkriegspartei gefunden, er findet jetzt in der „Regierungs"-erklärung die passende Begleitmusik: Es ist die Stimme des Faschismus, die hier zum ersten Male unverfälscht von einer deutschen Regierung erhoben wird.

Die Stimme des Faschismus mit der demagogischen Anklage gegen das Parteiensystem der bürgerlichen Demokratie zur Rechtfertigung der bonapartistischen Gewalt und Willkürherrschaft, die Stimme des Faschismus, der blutigsten und zugleich korrumpiertesten reaktionären Terrorherrschaft unserer Zeit, die von der Reinheit des öffentlichen Lebens schwätzt, gegen Staatssozialismus wettert. Man glaubt Hitlersche oder Mussolinische Tiraden gegen die „Parteibuchbeamtenherrschaft" und die „liberale Korruption" zu hören, wenn die Vertreter jener Junker und Monopolkapitalistengruppen gegen die „Auffassung des Staates von einer Wohlfahrtsanstalt" schwätzen, während sie eben an die Macht gekommen sind, weil das bisherige Regime noch zu wenig aus den Werktätigen herausgepreßtes Gold dem Interessenhaufen zugeschanzt hat.

Vor einer Woche war der Anlaß zum Sturz von Brüning die Wut der ostpreußischen Junker, die um die Grundstückspreise ihrer bankerotten Betriebe fürchteten. Noch um die gleiche Zeit trat Herr Warmbold von der IG-Farben aus dem Brüning-Kabinett aus, weil das Kabinett eine gewisse Herabsetzung der Arbeitszeit erwog, und damit die Profite der Industrieherzöge zu gefährden schien. Noch in derselben Zeit erledigte sich der

frühere Finanzminister Herr Dietrich im Brüning-Kabinett, weil er gewissen kleinbürgerlichen Widerständen gegen die unbändige Bereicherungssucht der Leute, die ein Treibstoffmonopol durchsetzen wollten, zur Geltung brachte.

Aber heute erhebt der gleiche Warmbold zusammen mit den Großpfründnern der Milliardensubventionen an die Junkerwirtschaft wie den Herrn von Braun, von Gayl usw. seine Stimme für die Reinheit des öffentlichen Lebens.

Es ist die Stimme des Faschismus, die sich „gegen den Marxismus" wendet. Das blöde, unwissende und anmaßende Geschwätz der faschistischen Literaten wird in der Regierungserklärung aufgenommen von Leuten, die vom Marxismus ebenso viel verstehen, wie die reaktionären Dunkelmänner des Vormärz, die vor einem Jahrhundert schon ausgezogen sind, um die „Klassenkampfhetze" zu erledigen, und deren Andenken seit Generationen vermodert ist.

Es ist die Stimme des Faschismus, die mit dem Eingeständnis des Bankerotts der kapitalistischen Gesellschaft die Reklametrommel für ihre Reorganisation durch eine bonapartistische Abenteurerherrschaft rührt.

Ueberflüssig zu sagen, daß es die Stimme des Faschismus ist, wo die Regierungserklärung im Geiste von 1914 und seiner Wiederbelebung durch die Braunhemdenbande von 1932 die nationalen Ziele des deutschen Imperialismus verkündet, „volle Gleichberechtigung" fordert — und das Recht zur imperialistischen Aufrüstung meint. Vom friedlichen Zusammenwirken mit den anderen Nationen schwafelt, aber gleichzeitig jene Zusammenfassung, „aller aufbauwilligen und staatserhaltenden Kräfte" predigt, die die Zusammenfassung der bonapartistischen und faschistischen Kriegshetzer ist.

Gleichzeitig enthält die Erklärung ein entscheidendes Eingeständnis: daß die „Regierung", die auszog, um „das unerträgliche System der Brüningschen Volksbelastungen" zu beenden, die Brüningsche Notverordnungsserie fortsetzt! Ausdrücklich wird gesagt, daß Brüning „als erster den Mut gehabt habe, eine klare Bilanz der Lage zu fordern" und daß man gezwungen sein werde, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen fortzusetzen!

Das ist die „Regierung", die ab heute von den Nationalsozialisten offen toleriert wird.

Das ist die Regierung, die der Garant der Demokratie, Herr Hindenburg, den 19 Millionen, die ihn zum Schutz vor der rohenden Katastrophe des Faschismus wählten, gewaltsam vorgesetzt hat.

Das ist die „Regierung", der das Brüning-Regime — von der Sozialdemokratie zur Rettung vor dem Faschismus solange toleriert, bis es vor dem Faschismus zusammenklagte — den Weg geebnet hat!

Fort mit dieser Regierung!

Widerstand bis zum äußersten gegen ihre weiterhin geplanten konterrevolutionären Streiche!

Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse zu ihrem sofortigen Sturz!

Ausnutzung der Wahlkampagne zur Schaffung des Blocks aller Arbeiterparteien, zur Schaffung einer proletarischen Gegenmacht im Kampfe um die proletarische Diktatur und den Sozialismus, im Kampfe für eine Arbeiterregierung.

Hitler toleriert!

Wie der Berliner Korrespondent der „Daily Expreß", der den Nazis sehr nahestehend und sie — ehrlicher als diese selbst — offen als Faschisten bezeichnet, berichtet auf Grund eines Gesprächs mit einem faschistischen Führer, „dessen Stellung in der Partei nur von der Adolf Hitlers übertroffen werde", daß das Kabinett Papen im Zusammenwirken mit Hitler aufgestellt worden ist, der ihm die volle Unterstützung seiner Partei versprochen habe.

Hindenburg habe verlangt, daß, bevor er eine neue Regierung berufe, Hitler die Versicherung abgeben müsse, daß dieser die Regierung auch nach einem großen Wahlsieg der Nationalsozialisten bei den zu erwartenden Reichstagswahlen nicht stürzen werde. Hitler hat sich damit einverstanden erklärt.

Er habe der neuen Regierung kein absolutes Versprechen, sie unter jeder Bedingung zu unterstützen, wohl aber das Versprechen gegeben, sie voll zu unterstützen, falls sie „eine Politik durchführe, die wirklich national und im Interesse Deutschlands sei."

Als Gegenleistung habe er sich von Papen die Versicherung der völligen Propagandafreiheit und den Widerruf des Verbots der Sturmabteilungen geben lassen.

Damit sind die Nazis vor aller Welt enthüllt. Ihr Ideal sind die Junker und Industriebarone, die jetzt ihren Aushungerungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse angetreten haben. Gehen den irregeleiteten Proleten die Augen noch nicht auf, daß sie in die Hände eines Schwindlers gefallen sind?

Das erste deutsche Echo

Die Erklärung des Staatsstreichkabinetts v. Papen wird vom größten Teil der Berliner Abendpresse kommentiert. Einige Stimmen seien hier wiedergegeben:

„Berliner Tageblatt":

„Das Programm, mit dem das Kabinett der „nationalen Konzentration" auf den Plan tritt, ist kurz und bündig. Es verdient, genau studiert zu werden, denn es enthüllt mit einer Klarheit, die man bisher von dieser Stelle nicht vernommen hatte, die wirklichen Absichten des neuen Regimes. Es ist, kurz gesagt, eine Kampfansage gegen alles, was seit Weimar in Deutschland an fortschrittlichen Gedanken verwirklicht worden ist, es ist ein Programm der Reaktion schlechthin."

„Vossische Zeitung":

„Diese Regierungserklärung, die man zutreffender als einen Wahlaufruf bezeichnen könnte, ist der typische Leitartikel eines deutschnationalen Kreisblattes, das seine Meinungen und Urteile fix und gußfertig von der Maternkorrespondenz des Herrn Hugenberg bezieht . . .

So mager aber das Regierungsprogramm aber in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht ist, so positiv ist es in seinen negativen Aeußerungen über die Sozialpolitik. Zu den Notverordnungen, die das Kabinett Brüning vorbereitet hat und die nicht erlassen werden sollen, gehört selbstverständlich jene über die Siedlungspolitik. **Für die Großagrarier wird der Staat auch weiterhin eine „Wohlfahrtsanstalt" sein und aus öffentlichen Mitteln einige Dutzend Großgrundbesitzerfamilien im Osten es ermöglichen, ihren überschuldeten Betrieb weiterzuführen. Mit der Arbeitslosen-Unterstützung wird, wenn man die Regierungserklärung recht versteht, sehr bald Schluß gemacht werden. Und ebenso mit dem Tarifrecht. Die Löhne, die sich heute schon auf dem denkbar niedrigsten Niveau befinden, sollen nach dem Gutdünken der Generaldirektoren noch weiter gesenkt werden. Jener sozialpolitische Zustand von 1862 soll wiederkehren, den Hugenberg als sein Ideal bezeichnet hat.**

Ein Regime schärfster Reaktion kündigt sich in der Regierungserklärung an. Vor siebzig Jahren galt der Kürassierstiefel als Symbol. Jetzt soll das deutsche Volk den Ulanenstiefel zu spüren bekommen."

Der **„Vorwärts"** bezeichnet die Erklärung als „Papens Kriegserklärung" und ruft aus: „Das Kabinett der Nazibarone enthüllt sich!" „Ein Kampfkabinett der Herren gegen das Volk!" Aus jeder Zeile seines Kommentars spricht die Verärgerung über die brutale und rücksichtslose Ueberzeugung, die freilich auch ein etwas gar zu schnöder Dank für die fleißige Wahlhilfe darstellt, die die SPD für Hindenburg geleistet hat. Damals gab Wels die Parole: „Jetzt schlagen und dann — gemeint waren die Preußenwahlen — nachstoßen." Aber es ging mit dieser Parole wie mit dem „zweiten Mann", nach dem Wels im vergangenen Jahre zwölf Monate hindurch vergeblich rief, sondern im Gegenteil noch das Abtreten vieler „erster Männer", feststellen mußte. Dem Tone nach ist der „Vorwärts" kaum mehr zu erkennen, aber der Ton allein macht es eben nicht.

Das Blatt schreibt:

„Die Masken sind gefallen! Die Karten sind aufgedeckt! Die Erklärung der regierenden Nazibarone ist eine einzige Kriegserklärung an das werktätige Volk.

Die neue Regierung fordert die Zusammenfassung „aller aufbauwilligen und staatserhaltenden Kräfte" und schließt durch die folgenden Schimpfereien über Parlamentsdemokratie, Staatssozialismus, Marxismus, Atheismus, Kulturbolschewismus usw. alle die Kreise des Volkes von der Mitarbeit aus, die die Republik aufgebaut und sich auf den Boden der Weimarer Verfassung gestellt haben.

Die Regierung, die diese Erklärung erlassen hat, ist eine Regierung nach Hitlers Herzen. Die Barone wünschen, daß Nationalsozialisten gewählt werden!"

Der ADGB auch jetzt noch nicht für Kampf

Zu der durch den Regierungssturz geschaffenen Lage nimmt die neueste Nummer des ADGB-Organs, die „Gewerkschaftszeitung", in einer Weise Stellung, die zeigt, daß die ADGB-Führung ihre für die Arbeiterklasse so überaus schädliche Politik auch jetzt noch fortsetzen will. Es heißt in dem Artikel:

„Die Gewerkschaften werden ihren Weg unbeirrt fortsetzen. Sie werden ihre sozialpolitischen, lohnpolitischen, wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Gedanken jeder anderen Regierung gegenüber mit gewohnter Ueberzeugungstreue (!!) vertreten und sie werden es verstehen, ihren Forderungen mit den ihrem Wesen eigenen Mitteln öffentlichen Wirkens Nachdruck zu verleihen. Sie haben die Politik der Duldung Brüninges anerkannt als eine Methode zur Verteidigung der demokratischen und sozialrechtlichen Grundsätze der Weimarer Verfassung. (!!) Sie werden zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung andere Methoden wählen, wenn (!!) eine Veränderung in der Frontordnung der Gegner einen solchen Wechsel der Kampfmethode gebietet.

Das heißt, daß der ADGB auch dieser Regierung der Generalsdiktatur gegenüber mit seiner Politik der Bittgesuche, öffentlichen „Mahnrufen" usw. fortfahren will. „Wenn" die Gegner ihre „Frontordnung" ändern, Das heißt doch, daß nach dem ADGB sich vorläufig noch gar nichts geändert hat. Schließlich sieht er den offenen Staatsstreich nur noch als ein „demokratisches Mittel" an. Die jetzigen und kommenden Ereignisse werden die Arbeiterklasse und auch die Mitgliedermassen der Gewerkschaften zwingen, sich mit Einsatz ihrer ganzen Machtmittel ihrer Haut zu wehren. Das bedingt eine sofortige radikale Aenderung der Gewerkschaftstaktik. Sie wird sich bei einem längeren Sträuben der ADGB-Führer ohne und gegen sie, auch über ihre Köpfe hinweg durchsetzen.

Papen gegen Sowjetrußland

Es fällt auf, daß die Junkerclique sich in ihrer Erklärung sehr zurückhaltend zur Außenpolitik äußert. Größtenteils hat sie sich darauf beschränkt, einige Brüning-Phrasen zu übernehmen. Was das Kabinett Papen wirklich im Schilde führt, hat dieser Freiherr vor einem Jahr in dem feudalen „Herrenklub" ausgesprochen, der ja bei der Bildung des Kabinetts Pate gestanden hat. Dort propagierte Papen nicht weniger als ein

deutsch-französisch-polnisches Bündnis gegen Sowjetrußland.

Die Berliner Volkszeitung vom 4. Juni ist in den Besitz des Protokolls gelangt, das über jene Sitzung geführt worden ist. Ausdrücklich ist dort von Papen festgestellt worden, daß eine sowjetfeindliche Stellung die Voraussetzung für die Bereitstellung langfristiger Kredite für Deutschland sei.

Es ist kein Zweifel, daß dies noch heute die Absichten des Papen-Kabinetts sind. Damit wird auch die an den Tag gelegte Zurückhaltung in den Fragen der Außenpolitik wohl begreiflich. In der Tat hat Brüning gelegentlich sehr viel entschiedener aufgetrumpft wie dieser Papen-Klub.

Sammlungen für den Kampffonds der SAP sind überall und bei allen Gelegenheiten durchzuführen. Wir müssen an alle Sympathisierende herankommen und von ihnen finanzielle Unterstützung fordern. Die Mittel, die von der Organisation aufgebracht werden können, reichen nicht aus, um die uns bevorstehenden schweren Kämpfe zu finanzieren. Laßt keine Gelegenheit ungenutzt und schickt das Geld sofort auf unser Postscheckkonto 41679, Max Seydewitz, Postscheckkonto Leipzig.

Der Parteivorstand.

Die Wahlvorschläge für Hessen. SAP Liste 3

TU. **Darmstadt, 4. Juni 1932.**

Bis Ablauf der Einreichungsfrist für die Landtagswahlliste am Donnerstagabend sind folgende neun Listen beim Landeswahlleiter eingegangen: 1. Sozialdemokraten; 2. Zentrum; 3. SAP und Kommunistische Opposition; 4. Kommunisten; 5. Dr. Leuchtgens; 6. Deutschnationale; 7. Nationalsozialisten; 8. Hessische Demokraten; 9. Nationale Einheitsliste.

Listenverbindung besteht, wie wir hören, zwischen Liste 1 und 8, 5 und 6 und 6 und 7.

Zwangsschiedsspruch

Durch Verbindlichkeitserklärung des skandalösen Schiedsspruches wurde den Berliner Steinmetzen und Arbeitern der Grabmal-, Marmor- und Werksteinindustrie **der Lohn von 24—32 Pf. pro Stunde abgebaut.** Die Verbandsleitung „protestiert" zwar dagegen, aber erklärt, daß dagegen eben nichts zu machen sei, denn der Schiedsspruch wäre nunmehr „gesetzlich".

Der Berliner Klempnerstreik geht weiter. Schlichterverhandlungen zur Beilegung des Streiks scheiterten. Jetzt soll aber am kommenden Dienstag eine Schlichterkammer einen Schiedsspruch fällen. Auf diese Art will man offenbar den jetzt schon sehr erfolgreichen Streik abwürgen.

Die Kommunen am Ende ihrer Kraft

Ein neuer Alarmruf des Städtetages

Der Deutsche Städtetag teilt mit:

Die jetzt zurückgetretene Reichsregierung hatte die Absicht, im Rahmen der vorgesehenen Notverordnung die überaus dringlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von dem Druck der Erwerbslosenlasten durchzuführen. Es war vorgesehen, den Anteil der Kommunen an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge, die gegenwärtig etwa 1,4 Milliarden Mark jährlich betragen, auf rund 680 Millionen Mark zu begrenzen und die Gemeinden durch einen Reichszuschuß von etwa 700 Millionen Mark zu entlasten. Diese Neuregelung sollte bereits am 1. Juni eintreten, weil die damalige Reichsregierung nach genauer Untersuchung der Wirtschafts- und Finanzlage der Kommunen eine Verzögerung der Entlastung der Gemeinden mit Recht nicht mehr vertreten zu können glaubte. Durch den Rücktritt der Reichsregierung sind diese Hilfsmaßnahmen nicht in Kraft getreten.

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages, der am 2. Juni in Berlin versammelt war, hat sich in ernster Sorge mit dieser ganz unmöglichen Sachlage beschäftigt und einstimmig beschlossen, an die neue Reichsregierung das dringende Verlangen zu richten, die unterbrochene Aktion sofort wieder aufzunehmen und auf der damals beschlossenen Grundlage baldigst durchzuführen. **Angesichts der sich ständig verschlechternden Lage der Gemeinden und der auch in den günstigeren Frühjahrsmonaten fortgesetzt steigenden Erwerbslosenzahl ist eine sofortige Reichshilfe notwendiger als je zuvor, wenn der völlige Zusammenbruch der Gemeindefinanzen vermieden werden soll. Die Kommunen sind am Ende ihrer Kraft. Ausweichmöglichkeiten sind nicht mehr vorhanden. Deshalb ist die Senkung ihrer Leistungen in der Arbeitslosenhilfe und die Gewährung einer ausreichenden Reichshilfe in der vor wenigen Tagen in Aussicht gestellten Höhe unbedingt erforderlich.** Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hat eine dahingehende dringliche Eingabe **an den Reichskanzler gerichtet.**

Von Brüning zu Schleicher . . .

Ein Leben verpfuscht — um 20 Pfennig

Mordprozeß gegen den Arbeiter Kasprik

Cottbus, 4. Juni 1932.

In Cottbus steht ein 35jähriger Arbeiter vor Gericht. Des dreifachen Mordversuches angeklagt. Das Gericht will ihn zum Massenmörder stempeln. Aber die Sympathie der Bevölkerung gehört ihm. Aus dem ganzen Spreewald ist die Arbeiterschaft nach Cottbus gekommen, um ihrem Klassengenossen nahe zu sein. Der Andrang zum Zuschauerraum ist fast lebensgefährlich.

Der Vorsitzende hält ihm seine Vorstrafen vor. Kasprik, der Angeklagte, springt auf:

„Das Leben als ein vorbestrafter Zuchthäusler zu führen, ist sehr schwer.

Ich habe versucht, den anderen Wünsche von den Augen abzulesen. Es ist mir jedoch nicht gelungen, ihr Herz für mein Herz zu gewinnen. Ich stand mutterseelenallein und wurde verfolgt und gehetzt wie ein Tier."

Das erstemal kam er mit 16 Jahren mit dem Gesetz in Konflikt. Es handelte sich um 20 Pfennig. Er bekam 14 Tage Gefängnis und wurde in die Fürsorge gesteckt.

Wegen dieser 20 Pfennig ist mein ganzes Leben verpfuscht worden,

ruft Kasprik in den Gerichtssaal.

Die Fälle, die ihm jetzt zur Last gelegt werden, sind vorläufig ganz undurchsichtig. Angeblich soll er einen Mordversuch gegen den gräflichen Förster Schmerse unternommen haben. Die Bevölkerung stellte sich schützend vor ihn.

Ein Arzt, dessen Tochter er unter Lebensgefahr vor dem Tode des Ertrinkens gerettet hat, nahm ihn auf.

Später bewog er ihn, sich freiwillig dem Gericht zu stellen.

*

Wir werden über diesen Prozeß, in dem unser Genosse Theodor Liebknecht die Verteidigung übernommen hat, fortlaufend berichten.

Rund um einen Provisionsschinken

Man muß das Leben der Provisionsreisenden kennen, es selbst mitgemacht haben: Treppauf, treppab, Haus für Haus, Straße auf Straße, — eine Stunde, zwei Stunden, den ganzen Tag und trotzdem kaum ein Auftrag. Sie laufen sich buchstäblich die Beine ab, reden sich den Mund müde und hungern, damit der Herr Chef ein Leben herrlich und in Freuden leben kann. Sie bekommen für ihre aufreibende Tätigkeit ein paar Prozente, genannt Provision. Ein hochtönendes Wort, doch nichts dahinter, nur Fassade, hinter der sich Not und Entbehrung verbirgt... Hin und wieder, wenn ein solch' „Reisender" zur unerlaubten Selbsthilfe schreitet, beschäftigen sich auch die Oeffentlichkeit und die Justiz mit diesen Opfern einer verfehlten, nur auf Ausbeutung und Profit eingestellten Wirtschaftsordnung. Sie werden dann vom Strafrichter mit einer mehr oder weniger hohen Geldstrafe oder in Numero Sicher gebracht. Nachher... doch reden wir lieber nicht davon; ein jeder weiß ja, was dann in den meisten Fällen aus diesen aus Not und Verzweiflung zu Betrügern gewordenen Klassengenossen wird...

Ein „Fall", wie er fast täglich vor Gerichten verhandelt wird:

Ein noch sehr junger Kaufmann sitzt auf der Anklagebank. Er hat sich wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Wie das kam? Jung verheiratet, arbeitslos geworden, die Schulden drückten. Um wenigstens etwas mehr zu verdienen als er an Unterstützung bekam, schloß er mit einem Wurstfabrikanten einen Provisionsvertrag. Er ging dann los, appetitliche Würste und westfälische Schinken zu verkaufen. Seine Provision bestand auch in Wurst und Schinken. In seinem Haushalt mangelte es an Nötigerem als solchen „Delikatessen". Einmal war es bald so weit. Zwei Bestellungen fehlten noch am Provisionsschinken. Und so sehr er sich auch bemühte, er fand keinen Kunden. Daheim hungerte seine Frau, die eben Mutter geworden war. Und da Not nicht immer ein guter Berater ist, kam er schließlich auf den Gedanken, Bestellscheine zu fälschen. Die Geschichte kam bald heraus und er, wie gesagt, auf die Anklagebank. Während der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragte, ließ es das Gericht bei drei Monaten bewenden. Eine sehr hohe Strafe, wenn man bedenkt, daß der junge Kaufmann nur aus Not zum Betrüger wurde.

Wolfgang Böiling.

Christliche Prügelpädagogik

Pfarrer Grüber vor Gericht

Preußen, 4. Juni 1932.

Im Waldhofer Prügelprozeß wurde der Leiter der Anstalt Waldhof, Pfarrer Grüber, der gleichfalls unter Anklage gestellt werden soll, als Zeuge vernommen. Nach seiner Aussage ist er eine Seele von Mensch und will für seine Zöglinge nur das Beste. Aber er hat so seine eigenen Erziehungsmethoden. Die kränklichen Kinder schonend zu behandeln, bezeichnet er als

„Lazarettsozialismus".

Im Falle von Ausschreitungen ist es nach seiner Meinung **besser, etwas Verkehrtes zu tun als nichts.** Es sei verkehrt, die Prügelstrafe abzuschaffen, da dadurch und durch Schikane des Zöglings die Erzieher leicht um ihre Stellung gebracht werden könnten.

Streikende Kirchenbesucher

Einen originellen Streik führt die evangelische Kirchengemeinde in dem Ort Goldbach bei Bischofswerda in Sachsen. Die Gemeinde wurde von Bischofswerda losgelöst und kämpft nunmehr schon seit Oktober 1931 für ihre alten Rechte. Die Kirche wird allsonntäglich von den Gläubigen gemieden, trotzdem muß der dortige junge Geistliche auf Anordnung des Konsistoriums jeden Sonntag in der leeren Kirche Gottesdienste halten. Man hofft anscheinend auf Streikbrecher. Eines Sonntags fanden sich auch wirklich einige anscheinend besonders fromme Jungfrauen ein. Doch das Benehmen dieser Streikbrecherinnen war derartig, daß sogar der Geistliche, der mit ihnen gekommen war, zugeben mußte, daß es in hohem Maße unwürdig war. Am folgenden Tage — es war gerade Reichspräsidentenwahl — forderte der Geistliche für sich und etwaige Kirchenbesucher polizeilichen Schutz an. Auf Anordnung der obersten Kirchenbehörde wurde Mitte April der junge Geistliche durch einen bereits im Ruhestand befindlichen abgelöst. Nun hält dieser betagte Herr Sonntag für Sonntag Gottesdienst vor leeren Bänken. — Das Amtsblatt von Goldberg ergreift in einem Artikel Partei für die streikende Kirchengemeinde und machte dem Pfarrer Vorwürfe wegen seines Verhaltens. Ja, der Zeitgeist ist der Kirche nicht günstig. Die Opposition bricht jetzt auch in den Reihen der Gläubigen aus. Wozu führt nun die Kirche eigentlich Kampf gegen die Freidenker? Im eigenen Lager gibt es doch genügend für sie zu tun.

„Kunst" im Dritten Reich

Die Fraktion der NSDAP hat im Preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, dem zufolge in Zukunft an den staatlichen Bühnen Künstler, die nicht reichsdeutsch oder nicht deutschstämmig sind, nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Verträge mit solchen Künstlern sollen in Zukunft nicht mehr abgeschlossen, bestehende nicht erneuert werden. Stücke mit antinationaler, sittlich destruktiver oder pazifistischer Tendenz sollen vom Spielplan der staatlichen Bühnen ausgeschlossen werden.

Schöne Aussichten fürs Dritte Reich! Die besten Schauspieler werden von den deutschen Bühnen verschwinden, ade — Kortner, Moissi, Ernst Deutsch, Tauber, Walburg und all ihr anderen. Unter den antinationalen Stücken bitte nicht zu vergessen: Die Räuber, als Verherrlichung des Untermenschentums, Kabale und Liebe wegen der antimonarchistischen Tendenz, Nathan den Weisen wegen verweichlichenden Pazifismus zu verbieten.

Von Hitlers Leibjuden, Herrn Bronnen, empfehlen wir ganz besonders „Vatermord" und „Exzesse".

Aus dem Leben des Leoparden „Nanosh"

Berlin, 4. Juni 1932.

Die Berufungsverhandlung im Leoparden-Prozeß gegen den Maler von Othegraven, die am Sonnabend stattfand, brachte wieder einige nette Intermezzi.

„Nanosh" als Bettgenosse

Der Maler v. Othegraven war wieder einmal auf der Wohnungssuche für sich und seinen Leoparden „Nanosh". Ein schwieriges Problem, wie man sich denken kann. Bald seit Tagen befand sich „Nanosh" in einem viel zu engen Käfig auf einem Schlachterwagen im Hausflur, als Herr v. Othegraven sich an einen Tierfreundeverein wandte. Und wirklich fand sich eine Tierfreundin mit einem warmen Herzen, die sich bereitfand, den ungewöhnlichen Hausgenossen in Logis zu nehmen. Sie erwartete allerdings nach den Beschreibungen v. Othegravens ein Leopardenkätzchen und war sehr überrascht, als ihr ein Tier von 2 m Länge und ¾ m Höhe präsentiert wurde.

Frau Manka freundete sich sehr schnell mit ihrem Pensionär an, und dieser zeigte sehr bald Gefallen an zivilisierten Wohnverhältnissen, so legte er sich eines Tages in das Bett seiner Wirtin und gewöhnte sich schnell an diese feudale Schlafgelegenheit.

Verteidiger: Schliefen Sie mit dem Tier zusammen?

Zeugin: O nein, ich setzte mich dann in einen Stuhl und beobachtete das Tier. Ich hatte ja auch die Verantwortung für meine Untermieter, denen die Sache etwas ungemütlich wurde, denn wenn „Nanosh" schnarchte, gab es ein Erdbeben. (Große Heiterkeit.)

Verteidiger: Wenn Sie in so einer engen Lebensgemeinschaft mit dem Tier lebten, war Ihnen der Geruch nicht unangenehm?

Zeugin: Es war wohl etwas Zoo-„Odeur", aber durchaus nicht unangenehm. (Erneute Heiterkeit.)

Vors.: Wie fütterten Sie denn das Tier.

Zeugin: Es brauchte jeden Tag fünf Pfund Fleisch.

Vors.: Machten Sie unangenehme Erfahrungen mit dem Tier?

Zeugin: Einmal nahm ich ihn auf den Balkon mit. Als ein Pferdegespann vorüberkam, wurde „Nanosh" plötzlich sehr unruhig und drohte herunterzuspringen.

„Nanosh" liebte keine Pelze

Anderer Ansicht war darüber Frl. Linke, die zweite Wirtin des „Nanosh", die einen etwas überspannten Eindruck macht. Nachdem „Nanosh" ein Gastspiel bei einem Tierhalter in der Abtei Treptow gegeben hatte und seine Harmlosigkeit dadurch bewiesen hatte, daß er einen Affen tötete, einen weiteren schwer verletzte, fand Herr von Othegraven mit dem Leoparden Unterkunft bei der Familie Linke in der Kaiserallee. Frl. Linke erzählt, daß „Nanosh" keine Kinder liebte, er hielt diese für Affen, weil sie dieselbe Beweglichkeit haben. (Heiterkeit.)

Frl. Linke erklärt dann, daß ihr nach der Tötung des Kindes einmal das Kind leid tat, aber mehr noch der Leopard, was allgemeines Kopfschütteln hervorruft.

Vors.: Hatten Sie nicht auch mal mit dem Tier ein Rekontre?

Zeugin: Ja, durch eigene Schuld. Ich wußte, daß „Nanosh" keine Pelze liebte, trotzdem erschien ich mit einem Iltiskragen bei ihm, es war ja nur eine Imitation, da dachte ich, es sei nicht so schlimm. (Große Heiterkeit.) Kaum hatte „Nanosh" den Kragen erblickt, als er darauf stürzte, ich stolperte und wurde vor Schreck ohnmächtig.

Vors.: Hat Othegraven das Tier zurückreißen müssen?

Zeugin: Das weiß ich nicht, aber ich hatte nicht die Empfindung.

Vors. (unterbrechend): Ihre Empfindungen scheinen sich mit denen anderer Menschen nicht zu decken.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien. 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

26. Fortsetzung

Der Mann mit der Melone ist großartig... Er hat den Zipfel und er hält ihn fest... Erst schmeißt er Bier, dann drei Pullen dufte Mampe und dann brüllt er den Ober an, warum er seinen Freunden denn noch nichts zu essen gebracht hat. Er ist noch nicht ganz besoffen, er hat noch Hunger. Er sieht noch die gierigen Augen und Mäuler um sich und der stinkende Atem der Menschen um ihn macht ihn glücklich.

Da sitzen die fünfzehn Mäuler um ihn, begeifern sich, da quetschen sich fünfzehn Menschen zu einer unbezwingbaren Mauer um ihn, brennend vor Neid und Angst und mit ziehendem, zerrendem Hunger in den Eingeweiden. Da kann keiner mehr hinzu. Die Gesellschaft ist geschlossen. Wer das Glück hat, sitzt. Die anderen haben das Glück ein anderes Mal.

Ali sitzt bei Hans. Es war Ali, der sich vorhin dazwischenquetschte, sonst wäre es nicht gut gegangen. Man kennt Ali. Ali schlägt zwischen die Augen, ohne ein einziges Wort zu sagen. Ali hat viele Freunde hier und Ali hat nichts zu verlieren.

Ali wird satt und Hans schlingt wie ein Verrückter. Der Ober reicht sofort wieder nach, wenn es alle ist. Ali trinkt nicht viel und Hans paßt auf, was Ali tut. Von dem will er lernen. Die Musik dröhnt und trompetet und paukt und die Menschen johlen. Betrunkene sinken von den Stühlen. Mädchen rutschen von den Knien des einen auf die Schultern des andern. Sie wollen alle leben. Alle wollen lustig sein. Und satt werden. Morgen ist vielleicht alles vorbei.

Da schiebt ein Mädchen, vielleicht fünfzehn, vielleicht fünfundzwanzig alt, mit einem Mann, mit einem Greis, mit einem Ziegenbock vorbei. Der Alte ist toll und hüpft und meckert, und das ganze Lokal jubelt ihm zu. Er ist wild nach der Dirne, aber er hat kein Geld und so braucht ihn das Mädchen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, um aufzufallen. Wie soll sonst das Geschäft blühen? Wie soll man sonst satt werden? Mitten im Gehüpfe und Schieben greift sie ein Kavalier, Eleganz vergangener Tage, dem Alten fort. Hallo, lustig, sitzt sie ihm auf den Knien, Arme um den Hals. Da ist Geld, nicht viel, aber es ist Geld. Der Alte, der Ziegenbock, steht mitten im Lokal, starrt blöde nach links und nach rechts, taumelt dann mal so hin und her und greift in die Luft, in den Tabaknebel und Bierdunst. Niemand achtet mehr auf ihn. Dann fällt er auf einen Stuhl. Die Zunge hängt noch naß und welk unter grauen buschigen Haaren heraus. Niemand achtet auf ihn. Er hat kein Geld. Er hat keinen Freund. Seine Frau ist vorige Woche gestorben und er hat dann die Möbel, die Wäsche und alles, alles verkauft. Gestern war der letzte Pfennig alle. Irgendwo steht die leere Wohnung. In der Küche stehen noch ein paar Töpfe.

Ringsum Menschen. Ringsum Tiere. Menschen. Wie es kommt. Böse Menschen, gute Menschen, jeder ist so, wie er sein kann...

Ali ist satt und Hans hat noch ein Helles getrunken. Ali will keinen Schnaps mehr und Hans will dann auch keinen. So ein leichtes Drehen ist um ihn. Der Nebel ist dick und man kann nicht mehr soviel sehen, wie vorhin. Hans möchte sich schon in eine Ecke hauen. Er ist so kaputt...

Die Luft draußen tut gut... Nur raus hier...

Ali führt. Die Straße ist noch immer voll Menschen. Sie biegen um eine Ecke und dann verschwinden sie in einem Hausflur. Hans denkt an Hamburg. Wie war das doch damals...? Ach, das ist hinter Nebel und so weit... Wo wohl Orje jetzt sein mag? Es geht wieder über einen Hof und dann die Treppen hinauf. Finster und klebrig ist das hier. Treppen und Treppen. Man muß leise gehen. Ali nimmt ihn an der Hand. Hans hat keinen Gedanken mehr. Er tappt nur immer hinter dem andern her, immer hinterher. Da sind schon welche... Das muß ein Boden sein, dämmert es ihm dann noch einmal auf und dann liegt er. Er liegt auf dem harten Fußboden. Hier sind keine Säcke. Aber es ist hier warm. Draußen ist vielleicht schon Sommer...

*

Heute geht Hans durch die Große Frankfurter. Wenn man drei Tage nichts gegessen hat, nur so ein paar Happen Brot und den Rauch von ein paar Zigaretten dazu durch die Lunge gestoßen hat, dann hat man keine Meinung mehr, dann hat man nichts mehr zu verlieren. Dann ist einem schon alles und alles einerlei...

Aber wenn dann zwischen dem Reißen im Bauch und dem schlaflosen Pennen auf dem Hausboden der Gedanke an das Sofa in der Küche und an das Haus und an all das andere kommt... Hans will ja gewiß nicht an die Menschen denken, er ist ja jetzt ausgestoßen, ein Verbrecher, was bleibt einem dann noch übrig...?

Vier Tage ist Hans Abend für Abend um das Haus herumgeschlichen. Heute ist heller Tag. Die Gemüsefrau links kennt ihn und der Zigarrenhändler unten im Haus weiß Bescheid und gleich wird Frau Weber, die Plätterin, aus der Tür kommen und die Polizei rufen...

Und wenn sie mich totschlagen. Ich gehe hin. Ich gehe hin...

Dann steht er vor der Tür, starrt in den dunklen Hausflur. Er geht hinein und über den Hof. Da ist die Treppe... Das Herz macht poch... poch... Kommt denn niemand, der ihn kennt? Die Polizei kommt nicht. Hans steht noch immer und starrt in den Hausflur. Aber er geht nicht durch diesen Flur. Niemand kommt. Er nimmt einen Anlauf, jetzt... Aber er bleibt auf dem Fleck stehen und wartet. Dann horcht er. Gleich muß Ida kommen. Aber sie kommt nicht. Es spielen heute überhaupt keine Kinder auf der Straße. Es kommt immer noch niemand, der ihn kennt.

Leser werbt für die „SAZ"

Politische Erziehungsarbeit des SJV

„Baumeister"-Funktionen der Jungarbeiterschaft

Zugleich mit der Umgestaltung der alten kapitalistischen Gesellschaft muß die Umgestaltung der Erziehungsarbeit, Bildung und Belehrung der Generation einsetzen, die die neue Gesellschaft schaffen soll. Ausgangspunkt dabei kann uns nur das Material der alten Gesellschaft sein: die Summe von Wissen, Erkenntnissen und Erfahrungen, die uns das kapitalistische System überläßt. Deshalb ist die Frage:

Wie ist die neue Generation vorzubereiten, damit sie imstande ist, das von uns Begonnene weiter zu treiben, die neue Gesellschaftsordnung zu schaffen und auszubauen.

Lenin rief der russischen Jugend das eine Wort zu: **Lernen.** Lernen — das ist heute wie damals die große Aufgabe unserer Jugend. Notwendig ist es, daß wir uns die Werke und die Problematik wirtschaftlicher Erkenntnisse zu eigen machen, notwendig sind diese theoretischen A beiten, damit wir Einblick in die Gesetzmäßigkeit und Differenzierung des heutigen Systems bekommen, damit wir systematisch denken lernen und Folgerungen ziehen, die gestützt sind auf die wissenschaftliche Durchleuchtung der Situation.

Wer aber glaubt, es genüge, die in Broschüren, Schriften und Abhandlungen niedergelegten Auseinandersetzungen zu studieren, damit er etwas mehr diesen oder jenen Theoretiker zitieren kann, der irrt gewaltig, wenn er so das Leninwort „lernen" auffaßt. Noch gefährlicher ist es, sich bloße Parolenweisheit aus Versammlungen oder Zeitungen anzueignen und damit zu agitieren. Gerade Marx und Lenin, auf die sich diese Parolen stützen, haben aus den Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft die Zwangsläufigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, der zum Kommunismus führt, abgeleitet. Sie wiesen auf Grund eingehendster Studien dieser kapitalistischen Gesellschaft, mit Hilfe des gesamten Materials, das die bisherige Wissenschaft lieferte nach, daß sich diese Gesellschaft selbst aufheben müsse. Niemals gaben sie Rezepte oder Parolen aus, die dogmatisch übernommen werden sollten.

Die Kluft zwischen Buchweisheit und Lebenspraxis ist typisch für die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Sie hat ihre Bildungsinstitutionen nur für die Interessen der Bourgeoisie geschaffen, heute in dem Uebergang den ausgehungerten Proletarier diesen Interessen angepaßt. Schule und andere Institutionen des Kapitalismus dienen dazu, fertige Resultate im Dienste der bürgerlichen Gesellschaft kritiklos zu übernehmen, autoritätsgläubig sich einpauken zu lassen. **Wir müssen nicht pauken, sondern selbst durchdenken, Wesentliches von Unwesentlichem trennen lernen und Erkanntes für unseren Kampf und für unser Leben fruchtbar machen.**

Darüber wollen wir etwas eingehender sprechen. Setzen wir an Stelle des alten Drills die bewußte Disziplin des Proletariats, die unerläßlich ist zur Organisierung der Kräfte in unserem Kampf, so gehört dazu ebenfalls Erziehung. Erziehung in dem Sinn, daß Denken, Können und Folgerung auf den Charakter, Entwicklung der Eigenschaften, die die Erkenntnisse zur Anwendung bringen, in einem untrennbaren Ablauf sich vollziehen. Und Köpfe, Impulse und Eigenschaften machen die subjektiven Bedingungen aus, die wir zu erfüllen haben, um eine neue Gesellschaft aufzubauen, nachdem wir die alte zerstört haben. Lenin sagte der Jugend, sie müsse die ersten

„Baumeister unter den Millionen Aufbauender sein, als die sich jedes Mädchen und jeder Junge zu betrachten habe."

Und weiter sieht er die Aufgabe des Jugendverbandes darin,

„die ganze praktische Tätigkeit so zu gestalten, daß die Jugend im Lernen, Leben und im Organisieren sich selbst und alle diejenigen, die in ihr eine Führerin sehen, zu Kommunisten machen. Es muß so kommen, daß die ganze Sache der Erziehung und des Unterrichts der heutigen Jugend auch zur Erziehung neuer Moral wird."

Diese Aufgabe haben wir vor allem in den Gruppen vorzubereiten, damit wir uns unterscheiden von andern Jugendorganisationen. Alles, was wir tun, denken und fühlen, ist den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet.

Das persönliche Leben ist ein Teil der Bewegung. Gerade in unserer Zeit ist es wichtig, diese Bindung als Lebensinhalt zu haben. Bei uns ist der Raum, zu schaffen, auszusprechen, was ist, mitzufühlen, was ist. Und es ist kein Zweifel: unsere Jugendlichen heute haben ihre ganz besonders großen Nöte, die zu übersehen bequeme Flucht wäre. Es sind Nöte, die gesellschaftlich erwachsen, nur gesellschaftlich lösbar sind, aber die einzelnen besonders treffen. Die Jugendlichen zwischen 14 und 20 besonders, die bei uns organisiert sind, sind mit allen Kräften und dem besten Willen bereit, zu arbeiten — und diese Gesellschaft schließt gerade sie bis zu einem unglaublichen Grade aus. Sie sind von vornherein arbeitslos und losgelöst vom Produktionsprozeß, den allein es zu meistern, zu erobern gilt. Die Jugendlichen heute sind nirgends zu Hause. Im Elternhaus unverstanden, meist gezwungen, sich ganz anders zu geben, vom Betrieb durch Arbeitslosigkeit isoliert, und wo sie in Arbeit stehen, ist der kapitalistische Betrieb ihr Ausbeuter- und Profitorgan. Unser Zuhause ist die Gruppe, die Gruppe als Teilausschnitt der großen Bewegung. Hier aber braucht der Jugendliche neben Bereicherung von Wissen und Erkenntnissen und geistiger Regsamkeit die Wärme und das Vertrauen, das ihm sonst nirgendwo so entgegengebracht wird. Hier kann er sich äußern, ohne zu fürchten, mißverstanden zu werden, hier ist auch der Ort, wo die speziellen Jugendfragen zu ihrem Recht kommen können. Er spürt Gleichgestimmte, sieht den gleichen Kampf um die Existenz und die vielfältigen, von der kapitalistischen Gesellschaft mißdeuteten Einwirkungen der Pubertätsentwicklung. Unterschätzen wir nicht diese körperlichen Einflüsse und Empfindsamkeiten dieses Alters. Hier können sich menschliche Enttäuschungen zu Verkrampfungen und seelischer Verkrüppelung festsetzen, die die Genossen in der Aufbauarbeit lähmen. Alle Schwierigkeiten werden in der Gruppenarbeit zur Diskussion gestellt, die Genossen können ihre Erfahrung und ihre Meinung dazu äußern, und dann sehen sie, daß die Schwierigkeiten meist kein Einzelzustand sind, daß auch hier wieder nur gesellschaftliches Zusammenstehen zur Beseitigung führen kann.

Bei dieser ehrlichen, unbeschwerten Art des Zueinanderstehens tragen wir dazu bei, daß wir uns nicht mehr als verschiedene Geschlechter gegenüberstehen, sondern als Menschen, Proletarier, Genossen, die an gleicher Aufgabe arbeiten. So überwinden wir den Jahrhunderte alten Gegensatz von Mann — Frau, die die Feudalwirtschaft, das kapitalistische System geschaffen haben, indem sie die Frau zum Geschlechtswesen machten. Wir haben die Umgestaltungsarbeit zu vollziehen, die Frau als Gesellschaftswesen gleichzuordnen. Gewiß hat die Frau eine andere biologische Beschaffenheit, aber sie hat die gleiche gesellschaftliche Aufgabe. Und ist sie auch andersartig beschaffen, so müssen wir sie gleichwertig machen für die gesellschaftlichen Funktionen, die ihr bislang vorenthalten waren. Zu dieser Arbeit ist wiederum die Gruppe eine Stätte, eine Vorbereitung für die Befreiung überhaupt. Beide, Genossin und Genosse, müssen diese Vorbereitungsarbeit leisten. Die Genossin ist aus ihrer passiven Lage zu befreien, die sie als gesellschaftliches Ressentiment trägt, es gilt, sie zu ermutigen und vor Aufgaben zu stellen.

Proletarische Festgestaltung

Keine Flucht aus dem Tageskampf

In dem Ringen und Streben nach einer neuen sozialistischen Gesellschaft nehmen unsere Feste und Feiern einen wesentlichen Teil unserer Arbeit ein.

Feste und Feiern sind ein unentbehrliches Kampf- und Agitationsmittel für die proletarische Bewegung: sie helfen uns, den Kampfwillen der Massen zu heben und sie für unsere Ideen zu werben. Vielfach erscheinen Feste und Feiern als ein Luxus, als etwas Ueberflüssiges. Es kommt nicht nur darauf an, die wirtschaftliche und politische Lage zu erkennen und seine Folgerungen daraus zu ziehen. Es genügt nicht, nur die Voraussetzungen zur Umgestaltung der Wirtschaft zu schaffen, sondern wir müssen auch den Menschen verändern. Unser Kampf muß sich gegen die Verbürgerlichung richten. Hier müssen wir bei uns selbst beginnen. Unsere Feste und Feiern müssen im Dienst des proletarischen Klassenkampfes stehen. Leitmotiv einer jeden Feier muß sein: Begeisterung und Erkenntnis. Begeisterung, die Massen der Proletarier für den Kampf anzuspornen und ihnen neue Kraft für den großen Befreiungskampf zu geben. Erkenntnis, sie zu stärken in unserem Tun und Handeln.

Feste und Feiern haben einen starken Einfluß auf unser seelisches Leben. Ueber das Materielle des Tageskampfes hinaus braucht der Mensch Stunden seelischen Erlebens seines Fühlens und Denkens. Wenn es uns gelingt, dieses seelische Erleben in ein Massenerlebnis zu formen, so wird aus dieser Begeisterung gemeinsame Aktivität strömen, Aktivität, die Unerreichbares, Zukunftfremdes uns beherrschen macht. So wie Friedrich Engels schrieb:

„Das ist die Macht der Idee, daß jeder, der sie erkannt hat, nicht aufhören kann, von ihrer Herrlichkeit zu reden und ihre Allgewalt zu verkünden, daß er heiter und guten Mutes alles andere wegwirft, wenn sie es heischt, daß er Leib und Leben, Gut und Blut opfert, wenn nur sie durchgesetzt wird. Wer sie einmal geschaut hat, wem sie einmal im stillen nächtlichen Kämmerlein in all ihrem Glanze erschienen ist, der kann nicht von ihr lassen, der muß ihr folgen, wohin sie ihn führt, und wäre es in den Tod!"

Es ist eine Notwendigkeit, die Massen aktiv an den Festen mitwirken zu lassen. Durch gemeinsame Lieder oder gemeinsames Sprechen eines Gelöbnisses. Ein Ausdruck unseres Wollens und unserer sozialistischen Gesinnung sind und müssen sein die Gedenk- und Kampftage der Arbeiterschaft. Die Bildungs- und Erziehungskraft solcher Feierstunden kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Jede Gruppe unseres Verbandes muß Wert auf solche Feiern legen. Die kleinste Feier muß gut vorbereitet sein.

Unsere Feste sollen die Arbeiter festigen in ihrer Kampfkraft und brüderlichen Solidarität, sie sollen Massenerlebnis und Massengelöbnis sein. Erst dann hat unsere Festkultur einen Inhalt, wenn sie nicht eine Flucht aus dem täglichen Leben, sondern eine Steigerung und Krönung des Alltags ist.

Herbert George, Berlin.

Jungarbeiterkorrespondenz

SJV Lübeck berichtet:

Wie es bei der SAJ aussieht

Nach der Meinung Erich Ollenhauers ist die Jugendfrage eine Führerfrage. Demnach ist es schlecht um die Lübecker SAJ bestellt. Aus den eigenen Reihen kommt das Zugeständnis: „Die richtigen Jugendführer fehlen uns. Die Funktionäre von ehedem sind im SJV organisiert." Der zahlenmäßige „Vormarsch" ist vorbei. — Werbefeier in einem Vorort: glatte Pleite. — Letzter Aufmarsch der Eisernen Front: SAJ-Anzeige: Pflichtmarsch. Von etwa 190 Mitgliedern tret n 88 an! — Noch ein Beispiel für die „Selbsthilfe der Jugend" (nach einem Bericht des „Lübecker Volksboten" und eigenen Beobachtungen). Vom SPD-Parteisekretär werden einwandfreie Linientreue nach dem Wochenendheim geschickt zum Holzfällen. Gen. Parteisekretär W., „der warme Freund der Jugend", versorgt sie mit Essen. Wie gearbeitet wurde, wollen wir nicht länger ausführen, es könnte mancherlei Unangenehmes an den Tag kommen. Aber: wie gesagt: „Selbsthilfe der Jugend." — Bitte, nicht lachen!

... und bei der KJ

Unser Führerrat beschloß, mit der KJ einen Ausspracheabend zwecks Organisierung einer großen öffentlichen Jugendversammlung zu vereinbaren. Wir wollten als Jugendliche zur Jugend sprechen, forderten: Mitgliedsbuchkontrolle und tatsächliche Jugendreferenten, keine Parteisprecher. Die Führung wies uns ab und forderte selbstherrlich Gründung von Kampfstaffeln nur unter Führung der KJ und KPD. Die Bürokratie will die Einheitsfront nicht ehrlich. Zweiter Beweis dafür: Jungstaffelübung des SJV Rügen. Wir treffen 16 Genossen von der KJ. Unser Vorschlag, eine gemeinsame Uebung abzuhalten, stößt auf Zustimmung der KJler. Der Führer lehnt strikte ab. Er fürchtete wohl die obere Instanz.

... und beim SJV

Wir registrieren nur einige Tatsachen: Unsere Jungstaffel ist die Kerntruppe des Schutzbundes. Unser 1. Gemeinschaftsabend bringt sofort Neuaufnahmen. Eigene Ausgestaltung mit Lichtbild, Schallplatte und politischem Kabarett. Systematische Funktionärarbeit. Gruppenarbeit nach Vierteljahrsplänen. Aufbau eines Spielmannszuges ohne irgendeine finanzielle Hilfe, durch Opfer der Mitglieder schaffen wir schier Unmögliches. — Die Funktionäre der SJV Lübeck werden sich mit allen Kräften bemühen, die Führer- und Kampfgemeinschaft mit allen Mitgliedern zu erhalten, in dem Bewußtsein, die Pflicht und Aufgabe zu erfüllen, die uns die Gegenwart stellt: Befreiung des Proletariats vom Kapitalismus.

Kampfbereit!

Bruno Römer, Lübeck.

Wie es nicht sein soll!

Viel wichtiger als Politik
erscheint uns det Problem
wächst Sellerie und Bohnenkraut
uff Humus oder Lehm.
Wenn die Aeppel werden röter
und der Spargel dick,
ja sagt mal, is denn det nicht netter
als die Politik!

Mutter dreht die Kaffeemühle
ach wenn die nich wär,
wo käme dann das Goldgemüte
und der Kaffee her?
Ja ich glaube uber alles
geht doch die Natur
es hilft dir gegen jeden Dalles
frische Luftzufuhr.

Diese wunderbare Ruhe ist ein Hochgenuß
die Politik liegt in der Truhe
weil man da denken muß.
Aber diese Sonntagsstille
verdummt dich nicht genug,
drum töte deine lange Weile
mit nem Ullsteinbuch.

Refrain:

Wenn man eene Laube hat
und dazu noch een Feld,
dann is man sicher glücklicher
als eener mit viel Geld
dann ist, was draußen alles ist,
uns schnurzepiep ejal;
die Welt die geht für uns ja nur
bis zu unsern Gartenzaunpfahl.

Der SJV gegen jeden Arbeitsdienst

Unter diesem Titel ist als Sonderheft der sozialistischen Jugendzeitschrift „Roter Pionier", dem Organ des SJV im Bezirk Ostsachsen, eine Broschüre in einer Auflage von 10 000 erschienen. Die Sozialistische Arbeiterjugend, die sich noch immer die Vertreterin der werktätigen Jugend nennt, hat durch ihren Beschluß vom 20. März d. J. die Interessen der proletarischen Jugend verraten. Nach der erfolgten Auflösung der SA- und SS-Banden der Nationalsozialisten ist geplant, diese Bürgerkriegsgarden in den freiwilligen Arbeitsdienst zu überführen. Aus einer offenen faschistischen militärischen Organisation soll eine nicht minder gefährliche militärische Arbeitsdienstarmee geschaffen werden. Aus dem Inhalt sei nur genannt: **Praxis des freiwilligen Arbeitsdienstes; Die wirtschaftlichen Zielsetzungen der Arbeitsdienstbefürworter; Streikbruch und Lohndruck; Das bulgarische Beispiel; Faschismus und Reformismus für Arbeitsdienstpflicht; Die Aufgabe der proletarischen Jugend.** Jeder junge Arbeiter muß diese Broschüre kennen. Sie umfaßt 20 Seiten, kostet 10 Pf. Die Aufmachung ist modern in Kleinschrift. Bestellungen nimmt das Sekretariat des SJV Groß-Dresden, Dresden-A. 1, Jakobsgasse 5, entgegen. Alle unsere Genossen und Freunde müssen das Heft lesen!

Schulung der Funktionäre

Nachdem schon einige Bezirke Wochenendkurse abgehalten haben, fand für die Gruppen im Bezirk Wasserkante ein Funktionärkursus statt. 60 Funktionäre von Flensburg bis Lüneburg fanden sich am 7. und 8. Mai in einem Landheim bei Hamburg zusammen. Ein Teil der Genossen aus der Provinz kam per Rad, weil ihre Gruppe nicht über Fahrgeld verfügte, 200 bis 300 Kilometer mußten sie fahren. Die SPD-Väter einiger Jugendlichen wußten nicht Bescheid, daß ihre Jungen zum SJV-Kursus gefahren waren, es hätte sonst „etwas gelohnt". Sommabends fand ein satyrisch-literarischer Abend statt. Am Sonntag morgen begann die ernste Arbeit. In Form einer Arbeitsgemeinschaft behandelte der Genosse Bobzien das Thema „Die revolutionäre Aufgabe des SJV". Nachmittags wurden vom Bezirksvorsitzenden, Genossen Fiske, organisatorische Fragen behandelt. In allen Orten Schleswig-Holsteins regt sich die revolutionäre Jugend. Eine ganze Anzahl Gruppen sind schon gebildet. Geplant sind mehrere Wochenendkurse, Ferienfahrten, Zeltlager, Norddeutscher Jugendtag in Lübeck. Ein weiterer Wochenendkursus findet im Monat Juni in Hamburg-Langenhorn-Mitte statt. Der Genosse Mevius, Hamburg, wird „Probleme der Gruppenarbeit" behandeln.

In der abschließenden Diskussion kam der Wille zum Ausdruck, SJV und die SAP müssen zu dem revolutionären Führer des Proletariats werden.

Ernst Ladwig, Elmshorn.

SAZ-Jugendbeilage.

Stärkt unsere Presse!

Kauft Gutscheine!

A 1 „Produktion“ im Krisenjahr

Hamburg, Anfang Juni 1932.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ veröffentlichte in diesen Tagen seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Die Krise hat sich auch in dieser Genossenschaft durchaus nachteilig ausgewirkt. Das hat die Geschäftsleitung zur Ergreifung nicht unbedenklicher Gegenmaßnahmen veranlaßt. In der Vertreterversammlung sowohl als auch in einer großen Zahl von Verkaufsstellenversammlungen wurde zu dem Geschäftsergebnis wie auch zu den Plänen für das kommende Geschäftsjahr Stellung genommen. Für den interessierten und verantwortungsbewußten Anhänger einer proletarischen Genossenschaftsidee eröffnen sich aus alledem für die kommende Zeit nicht gerade erfreuliche Perspektiven.

Unter enger Anlehnung an den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für 1931 referierte in der Vertreterversammlung der Geschäftsführer J. Müller. In bemerkenswerter Weise geißelte er das Verhalten der Reichsregierung, die für Banken, Handel, Industrie und Landwirtschaft Milliarden bereitstellte, die Konsumgenossenschaften dagegen nur mit neuen Steuern belastete. Er brachte es jedoch nicht über seine biedere SPD-Seele, nun auch die Konsequenzen aus dieser richtigen Erkenntnis zu ziehen und sich gegen seine eigenen Parteifreunde zu wenden, die durch ihre Tolerierungspolitik der Regierung Brüning die Möglichkeit ihrer arbeiter- und genossenschaftsfeindlichen Politik gegeben haben. Ein besonders empfindlicher Mangel des Referates war jedoch, daß der Geschäftsführer eines der bedeutendsten Arbeiterunternehmen weder den wahren Charakter dieser Krise des kapitalistischen Systems aufzuzeigen vermochte noch in der Lage war, sich eindeutig für den sozialistischen Ausweg einzusetzen. Daß er es vermied, sich für eine revolutionäre Mitwirkung der Genossenschaften in den unausweichlichen entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital einzusetzen, ist bei der reformistischen Gesamthaltung der Genossenschaftsführung nicht weiter verwunderlich.

In der folgenden Aussprache beschäftigte sich unser SAP-Genosse Langmann als einziger Vertreter überhaupt eingehend und kritisch mit der Bilanz- und Ergebnisrechnung. Seine Ausführungen zeugten von großer Sachkenntnis und einer klaren prinzipiellen Bejahung des Genossenschaftswesens als Faktor des Klassenkampfes. Trotzdem der Geschäftsbericht den Vertretern erst etwa zwei Tage vor der Generalversammlung zugeschickt war, konnte Langmann zu einer kritischen Durchleuchtung der Bilanz schreiten, die den führenden Leuten nicht restlos angenehm war und auch durch Eiserne-Front-Gephrase nicht verwischt werden konnte.

Mit besonderer Schärfe wies Langmann auf das Vorhandensein eines Effektenbestandes in Höhe von 7 700 000 M. hin. Schon bei einem früheren Geschäftsbericht konnte er auf die Gefahren derartiger Kapitalsanlagen und die Notwendigkeit der Abstoßung aufmerksam machen. Hätte man das befolgt, dann wäre ein erheblicher Verlust, der bei jetzigem und künftigem Verkauf eintreten muß, vermieden worden. Es wären ferner Gelder flüssig gewesen, so daß unsere Genossenschaft weit ruhiger als heute jeder wirtschaftlichen Entwicklung entgegensehen konnte. Abgesehen noch von der grundsätzlichen Stellungnahme zu dieser Angelegenheit.

Im Zusammenhang hiermit muß auch die beschlossene Erhöhung des Geschäftsanteiles von 30 Mark auf 60 Mark als Fehlschlag bezeichnet werden. Geschäftsführer Müller begründete den Antrag damit, daß eventuell bei der Anschaffung von flüssigen Geldern, also zur Erlangung eines Kredites bei bestimmten Bankinstituten, das Vorhandensein von nur 3½ Millionen Geschäftsanteilen für zu niedrig gehalten würde. Die Richtigkeit sei dahingestellt. Eine wesentliche Erhöhung des Postens Geschäftsanteile dürfte zum mindesten in nächster Zeit durch diesen Beschluß nicht zu erwarten sein. Zwei Drittel der Mitglieder haben sich nämlich bereits ihre Rückvergütung auszahlen lassen. Das ist ein deutlicher Beweis für die große Notlage der Mehrheit der Mitglieder. Von diesen ist bis zur nächsten Rückvergütung, also auf die Dauer eines Jahres, nichts zu erwarten. Da sich aber heute noch nicht sagen läßt, ob es im nächsten Jahr überhaupt eine nennenswerte Rückvergütung gibt, so muß der ganze Beschluß als eine sehr unsichere Spekulation bezeichnet werden. Das übrige Drittel Genossenschafter wird ebensowenig geneigt sein, sofort den Betrag von 30 Mark nachzuschießen. Endlich aber wird dieser Beschluß die Werbetätigkeit für die Genossenschaft sehr erschweren. Die Aufbringung von 60 Mark Geschäftsanteil ist für einen Arbeiterhaushalt ja schließlich kein Pappenstiel. Völlig außer acht gelassen ist aber, daß ein wahrscheinlich nicht geringer Teil von Mitgliedern die Erhöhung mit dem Austritt beantworten wird. So bedauerlich das ist, darf man vor dieser Tatsache die Augen nicht verschließen. Nicht zuletzt durch die Schuld der Genossenschaftsleitung ist es ja leider so weit gekommen, daß der Gedanke der genossenschaftlichen Selbsthilfe in breiteren Arbeiterkreisen an Wert eingebüßt hat. Sie mag es sich überlegen, ob sie daran festhalten will, die Mitglieder unterschiedlich danach einzuschätzen, wie sie politisch denken. Nach unseren bestimmten Eindrücken ist es dazu gekommen, daß nur die rechtesten Sozialdemokraten sich einer vollwertigen Anerkennung als Genossenschafter erfreuen. — Wir sind bereit, über diesen Punkt gelegentlich noch sehr viel deutlicher zu werden.

Wir sind also der festen Meinung, daß durch diese Mehrbelastung der Arbeiterhaushalte, die Frage der Erlangung flüssiger Gelder nicht gelöst ist. Vor allen Dingen ist es ja auch so, daß Bankkredite enorme Zinsen verschlingen, die außerdem auch noch von den Konsumenten aufgebracht werden müssen. Auch aus diesem Genossenschaftsinteresse heraus üben wir an der Geschäftsführung der „Produktion“ Kritik. Bei rechtzeitigem Verkauf der Effekten und mehr Zurückhaltung in der Vergebung von Zwischenkrediten, die immerhin mit fast 2 400 000 Mark ausgeworfen sind, hätte sich manches vermeiden lassen, was im Interesse der notleidenden Verbraucher vermieden werden mußte.

Auch die Wohnungsbau- und Personalpolitik verdient eine kritische Stellungnahme. Die „Produktion“ möge es sich zur Aufgabe stellen, künftig nur solche Wohnungen zu bauen, deren Mieten von der Arbeiterschaft auch bezahlt werden können. In der Personalpolitik meinen wir, daß die Fähigkeiten des Personals und die Bewährung als Genossenschafter und nicht politische Anpassungsfähigkeit entscheidend sein sollten. Nicht minder wichtig ist die Frage der Bezüge leitender Angestellter. Auch deren Gehälter haben sich in Grenzen zu bewegen, die nicht anstoßig bei der Arbeiterschaft wirken, ja die im Einklang zu bringen sind mit den Löhnen der werktätigen Bevölkerung.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem, was im hamburgischen Genossenschaftswesen der „Produktion“ einmal ins Licht der kritischen Betrachtung zu rücken ist. Es ist jedoch noch sehr viel mehr dazu zu sagen. Wir werden unser kritisches Augenmerk mehr als bisher auch diesem Zweig der Arbeiterbewegung widmen. Selbstverständlich ist ja, daß wir nicht Kritik um ihrer selbst willen üben, sondern daß uns nur das stärkste Genossenschaftsinteresse leitet, nämlich der Gedanke, die proletarische Einheitsfront auch auf dieses Gebiet auszudehnen und aus der Genossenschaf ein starkes Bollwerk des Klassenkampfes zu machen. er.

Siedlung Nassauisches Heim gegen arbeitslose Mieter

Erwerbslose Mieter werden exmittiert

Man schreibt uns aus Frankfurt a. M.:

Die Zahl der Exmittierungen nimmt beständig zu. Arbeitslose Mieter, die nicht imstande sind, ihre Miete rechtzeitig zu bezahlen, werden kurzerhand an die Luft gesetzt. Am schlimmsten geht es den arbeitslosen Siedlern. Sie erhalten keinen Hauszinssteuernachlaß und kommen daher noch schneller als andere arbeitslose Mieter in die Lage, ihre Miete nicht bezahlen zu können. Unter den hiesigen Siedlungen geht die Siedlung

Nassauisches Heim

am brutalsten vor. Rücksicht kennt der Verwalter der Siedlung, Herr Dr. Esch, nicht.

Unser Genosse Fritz kann ein Liedchen von der Rücksichtslosigkeit des „Nassauischen Heims“ und seines menschenfreundlichen Verwalters singen. Fritz war infolge langer Arbeitslosigkeit mit den Mietzahlungen in Rückstand geraten. Bis zum 31. Dezember 1931 ist sein Mietbuch vollständig in Ordnung.

Für März 1932 erhielt Fritz vom Wohlfahrtsamt keinen Mietschein mehr, denn das „Nassauische Heim“ hatte bereits Räumung erwirkt. Das Wohlfahrtsamt erklärte, es habe keinen Sinn, daß es dem Genossen Fritz einen Mietschein ausstelle. Denn raus müsse er so oder so. Fritz wollte ursprünglich im Einverständnis mit Herrn Esch die laufende Miete rückwirkend voll zahlen und die Miete für die zurückliegende Zeit ratenweise. Eine Stiftung wollte ihm hierbei helfen! Diese Abmachungen wurden schriftlich getroffen. Dennoch erwirkte die Gesellschaft am 23. März ein Räumungsurteil.

Die Gesellschaft versucht aus dem arbeitslosen Genossen Fritz mehr herauszuschlagen, als sie zu beanspruchen hat. Sie stellt ihm 317,76 Mark in Rechnung, während sie nur 227,90 Mark zu erhalten hat. Der Mehrbetrag von 89,80 Mark, den die Gesellschaft darüber hinaus in Rechnung stellt, ist aus der Luft gegriffen. Die Prozeßkosten bezahlen sie vollständig von dem eigentlichen Mietrückstand. Es scheint auf dem Büro des „Nassauischen Heims eine geradezu wundervolle Ordnung zu herrschen! Es ist nicht das erstemal, daß man Mietern Beträge in Rechnung stellt, die sie gar nicht zu zahlen haben. Vielleicht nehmen die Vorgesetzten des Herrn Dr. Esch die heilige Ordnung des Büros einmal unter die Lupe.

Die Gesellschaft erwirkte gegen den Genossen Fritz, wie bereits erwähnt, Räumungsbefehl. Ende Mai machte man dreimal den Versuch, ihn zu exmittieren. Erst beim dritten Male klappte es. Das erstemal traf der Gerichtsvollzieher auf eine empörte Volksmenge. Genossen von der KPD und der SAP hielten zusammen, um die Exmittierung zu verhindern. Zahlreiche arbeitslose Siedler standen vor der Wohnung; andere in der Wohnung. Das Ueberfallkommando wartete auf die Gelegenheit zum Eingreifen. Doch die Möbelträger solidarisierten sich mit den Siedlern. Sie lehnten den Transport der Möbel ab. Nachdem dieser Versuch mißlungen war, lag der Hausverwalter Nitschke beständig auf der Lauer, um festzustellen, wenn man den Genossen Fritz ohne großen Lärm exmittieren könne. Am 30. Mai klappte es. Morgens um 6.30 Uhr kamen der Hausverwalter Mischke und der Gerichtsvollzieher Popp, mit ihnen ein starkes Polizeiaufgebot und die Möbelträger der Fa. Winks. Brutal gingen die Herrschaften vor. Im Nu war die Wohnung geräumt. Kaum, daß man der Genossin Fritz Gelegenheit gab, sich zu waschen. Die Möbel hat man in der Festhalle untergestellt. Der Genosse Fritz und seine Frau haben bis heute noch keine feste Wohnstätte! So geht man im kapitalistischen „Vaterland“ mit den Proleten um. Klassengenossen, wie lange noch laßt ihr euch das gefallen?

Duisburg

Auf der „roten“ Flurstraße kam es am 9. April zu Unruhen, die am 10. und 11. April noch einmal aufflackerten. Anlaß dazu gab ein Nationalsozialist, der ein Plakat zur Reichspräsidentenwahl an der Giebelwand eines Hauses angeklebt hatte. Das wirkte natürlich als Provokation, da die Bewohner der Flurstraße zu 90 Prozent kommunistisch orientiert sind. Bei der nun folgenden Auseinandersetzung fühlte sich der Nationalsozialist, der bezeichnenderweise wegen Landesverrat zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt war, von denen er 12 Monate abgesessen hatte, bedroht, und rief die Schupo an. Diese versuchte die Straße zu räumen, was ihr aber nicht gelang. Beim Vorgehen mit der blanken Waffe bemächtigte sich der Flurstraßenbewohner eine begreifliche Erregung. Sie wehrten sich dadurch, daß sie die Beamten mit Kohlenbrocken, die kurz vorher abgeladen waren, bewarfen. Vor dem Schöffengericht hatte man aus der Angelegenheit, die nach Aussagen Nichtbeteiligter auf das falsche Vorgehen der Polizei zurückzuführen war, einen Landfriedensbruch konstruiert und elf Genossen angeklagt. Der Erfolg: wieder ein Klassenurteil gegen die Arbeiterschaft. Auf zwei Wochen bis zu sieben Monaten Gefängnis lautete das Urteil gegen die Genossen. Der Nazi war nicht angeklagt.

Wuppertal

Zu einer Protestversammlung gegen das Verbot der proletarischen Freidenkerverbände hatte die Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus aufgerufen. Etwa 200 Arbeiter waren dem Rufe gefolgt. Als erster Redner gab Genosse Hanns Meyer, Köln, einen Ueberblick über die gefahrvolle innen- und außenpolitische Lage, die dem Proletariat nur die Wahl zwischen Untergang oder entschlossenen revolutionären Kampf mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln lasse. Aber nur ein einiges Proletariat werde den Kampf siegreich überstehen. Der zweite Redner, Genosse Willy Benner, der Vorsitzende der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Wuppertal, beschäftigte sich mit den Vorstößen der Reaktion auf geistigem Gebiete, die mit dem Verbot der Gottlosenverbände ihre vorläufige Krönung, aber nicht ihr Ende gefunden hätten. Ihr Ziel sei die Vernichtung aller wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen des Proletariats. Auch er schloß mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf, insbesondere zur gemeinsamen Agitation für den Kirchenaustritt. Nach kurzer Aussprache wurde eine entsprechende Entschließung einstimmig angenommen.

Solingen

Wohlfahrtsetat erfordert 11 Millionen M. Zuschuß. Der Hauptausschuß behandelte in seiner letzten Sitzung den Etat des Wohlfahrtsamtes, der nach dem Voranschlag der Verwaltung mit einer Ausgabe von über 12 Millionen Mark und einer Einnahme von 1 Million Mark abschließt. Der notwendige Zuschuß von 11 Millionen Mark übersteigt die Einnahmen der Stadt an Steuern und Reichsüberweisungen. Deshalb, so führte der Vorsitzende aus, müsse schnellstens eine grundsätzliche Aenderung des Lastenausgleiches zwischen Reich, Staat und Gemeinden erfolgen. Die Zahl der unterstützten Personen sei im vergangenen Jahre um 50 Prozent gestiegen, habe am 31. März 1932 34 551 Personen betragen, sei allerdings bis zum 1. Juni weiter stark gestiegen. — Ein Antrag, die früher für die Unterstützungsempfänger gewährte Gasverbilligung wieder einzuführen, wurde angenommen. Die Verwaltung wies allerdings darauf hin, daß die Regierung wohl kaum diesen Mehrausgaben ihre Zustimmung geben werde. — Nachdem die Regierung so schon den Tip bekommen hat, ist an eine Durchführung dieses Beschlusses nicht zu denken. Es handelt sich ja hier um die Allerarmsten.

Lüdenscheid

Durch eifrige Arbeit aller Freidenker war es uns möglich, für Lüdenscheid eine weltliche Schule zu erkämpfen. Zur Werbung hatte der Freidenkerverband alle Kräfte gebrauchen können, auch die der SAP Genossen. Genosse Stöcker glaubte jedoch Parteipolitik treiben zu müssen. Der Stöcker-Brief brachte Unruhe in der vorher geschlossenen DFV. Die Tatsache, daß Stöcker im Bezirk behauptet, er habe nie den Brief geschrieben, gibt uns den Grund, mit dieser Sache noch einmal an die Oeffentlichkeit zu treten. Stöcker zur Rede gestellt, sagte in unserer letzten Mitgliederversammlung: „Jawohl, ich habe den Brief geschrieben und würde es heute jeden Tag wieder machen.“ Der Stöcker-Brief war kein Privatbrief, sondern es lag einen Markenbrief bei. Stöcker macht also Fraktionsarbeit als Angestellter eines Verbandes, dem nicht nur SPD-Leute angehören. Vom Vorstand des DFV wünschen wir Stellungnahme und Antwort.

Braunschweig

Nazis und Polizei verstehen sich bei uns äußerst gut. Am Donnerstag morgen großes Gedränge vor dem Theaterplatz. Etwa 200 bis 300 Schupo sind dort postiert. Ebensoviel SA-Leute, seit dem Verbot in brauner Hose und schwarzem Hemd oder ganz in schwarz, umstehen sie, begrüßen sie mit „Heil Hitler!“ Ein paar Schupos fordern sie auf, weiter zu gehen sehr freundlich. Aber wenn die Nazis doch nicht gehen, da kann man halt nichts machen. Musik kommt. Die Schupos formieren sich zu Viererreihen, und mit Trara geht der Umzug los. Die Tschako blitzen und die Gummiknüppel schwenken. Hinterher fährt ein riesiges Panzerauto. Und als „friedliche“ Nachhut die Schwarzhemden mit Gebrüll und Gesang. Nazis und die staatsbeschützende Polizei — ein symbolisches Duo! Abends spielen sie ein bißchen „Räuber und Gendarm“. Die Nazis inszenieren irgendwo einen Riesenspektakel. Dann kommt ein Ueberfallwagen angeflitzt, und das Spiel beginnt. Höflich, wie man's von ihnen Arbeitern gegenüber nicht gewohnt ist, bittet die „republikanische“ Polizei die Herren Radaumacher weiterzugehen. Manchmal wird einer aufs Auto geladen und, nachdem zum Schein seine Personalien festgestellt werden, sofort wieder entlassen. Pg. Klagges ist ja auch eine verläßliche Stütze. Am Sonnabend—Sonntag ist in Braunschweig wieder einmal großes Treffen der NSDAP, will heißen der SA und SS. Gregor Straßer kommt. Den halben Leonardsplatz bedeckt ein Schlafzelt. Beim letzten SA-Tag wurden in Braunschweig zwei Arbeiter getötet, über 70 z. T. schwer verletzt. Polizei und SA haben sich zur Einheitsfront zusammengefunden. Aber die SPD und KPD treiben ihren Kurs stur und blind weiter. Es ist Zeit, höchste Zeit, daß auch in Braunschweig endlich die Einheitsfront aller Arbeiter geschaffen wird.

Stützerbach

Entschließung. Der erweiterte Vorstand der Ortsgruppe Stützerbach des Deutschen Freidenkerverbandes erhebt in der Vorstandssitzung schärfsten Protest gegen das Verbot der proletarischen Freidenkerorganisationen. Er erblickt in diesem dem Geiste und dem Wortlaut der Reichsverfassung unzweifelhaft widersprechenden Verbot einen unerhörten Vorstoß der Kulturreaktion gegen jede Art freiheitlicher Betätigung und den Versuch, die Gewissens- und Meinungsfreiheit eines großen, ständig wachsenden Teiles des deutschen Volkes in brutalster Weise zu knebeln. Er erwartet, daß der Deutsche Freidenkerverband durch kraftvolle, unmißverständliche Kundgebungen und durch Organisierung eines unerbittlichen Widerstandes gegen die kirchlichen und politischen Träger der Kulturreaktion nicht nur die weitere geistige und politische Versklavung des Proletariats verhindert, sondern auch die herrschende Klasse zur sofortigen Aufhebung des ungeheuerlichen Verbotes zwingt und darüber hinaus freie Bahn für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des unterdrückten und verelendeten Proletariats schafft.“

Thale am Harz

Freidenker-Versammlung. In einer mäßig besuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Reinhard, Magdeburg, über kulturpolitische Fragen. Seine Ausführungen waren im großen und ganzen recht interessant. Verwerflich sind nur seine Bemerkungen über die Auflösung der kommunistischen Freidenkerbewegung und sein geradezu verbrecherischer Optimismus. Er schloß sein Referat mit dem Ausspruch: „Genossen, eher wird der Himmel einstürzen, als daß die Deutsche Freidenkerorganisation verboten wird.“ Er sagte dies, obwohl er vorher erzählt hatte, daß in Anhalt die Freidenkerortsgruppen aufgelöst werden sollen, daß im Reichstag durch die Nazis der Antrag auf Verbot des Freidenkerverbandes und der Kinderfreunde als Köder für das Zentrum eingebracht worden ist, und daß die Freiderkerbewegung stets und insbesondere heute dem Zentrum und den gesamten kapitalistischen Herrschaften ein Dorn im Auge ist. Er berief sich auf die parlamentarische Anständigkeit des Zentrums und auf den Widerstand des Staates. Genosse Werner regte die Durchführung einer proletarischen Morgenfeier an. Dieser Gedanke wurde einstimmig gutgeheißen. Die Morgenfeier muß ein Markstein auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront werden. SAJ, KJ und SJV sowie alle anderen proletarischen Jugendorganisationen, müssen zur Ausgestaltung dieser Feier mit herangezogen werden.

Berliner Fußball

Der 1. Bezirk dürfte diesen Sonntag ohne Überraschungen bestehen. Die Platzvereine empfangen — wenigstens der Papierform nach — schwächere Gegner. Im zweiten Bezirk hat Saxonia die weite Reise Zehdenick vor und kann nur mit stärkster Mannschaft die eifrigen Provinzler halten. Weißensee hat zwar den Vorteil des eigenen Platzes gegen Eintracht - Reinickendorf, aber nur die Aussicht, ehrenvoll zu unterliegen. Der 3. Bezirk hat seine Vereine zu Pflichtspielen nach dem Elbe- und Havelbezirk angesetzt. Das spannendste Treffen steht in Brandenburg bevor, wo Spandau 25 zu Gast weilt. Das Hauptfreffen im 4. Bezirk geht in Wilmersdorf vor sich. Die Luckenwalder Hertа wird von den Wilmersdorfern vollen Kräfteeinsatz fordern.

Weitere Spiele:

Anfang: 1. Männer 16.30, 2. Männer 14.45, 3. Männer 12.30, Jugend 10.00 Uhr.

1. Bezirk. Gruppe A — 1. Mannschaften: Britz 88 gegen Friedersdorf (Mayn); Eiche—Frohe Stunde (Pomplun), BSV 31 Dt. Wusterhausen (Fr. Stunde). 2. Mannschaften: Britz 88—Alt-Stahnsdorf (Neukölln); Eiche—Frohe Stunde (Pomplun); BSV.—Dolgenbrodt (Normania). — Gruppe B — 1. Mannschaft: Kagel—Herzfelde (Risse). 2. Mannschaft: Mahlsdorf—Herzfelde (Eiche).

2. Bezirk. Gruppe A: Pankow—Blankenburg (Nord). Zehdenick—Saxonia, Weißensee—Eintracht (Pankow). — Gruppe C: Pankow—Buch (Eintracht); Weißensee—Eintracht (Pankow). — Gruppe E: Weißensee 3—Wansdorf 1 (Hansa) 12.30. — Gruppe Uckermark: Zehdenick 2—Marienthal (Templin); Mildenberg 1—Templin 1 (Zehdenick); Mildenberg 2—Templin 2 (Zehdenick).

3. Bezirk. 1. Klasse Berlin: Elstal—Nowawes (Baltin, Süd). — 1. Klasse, Abt. Elbe: Kyritz—Perleberg (Hinze, Havelberg) nach Elbebez. Am 5. 6. Wittstock—Butab (Neuruppin), Wittenberg—Staaken (Perleberg) nach Havel. Am 5. 6.: Fohrde—Potsdam (Freiheit); Ketzin—Spandau 25 (Brdbg.); Schollene—Werder (Süd); Trechwitz — Drewitz (Grebs).

4. Bezirk. 1. Mannschaft. — Abt. A: Wilmersdorf—Hertha (Schwendner, T.) 10.30. Abt. B: Volkssp.—Luckenwalde 1 (Siedel, Telt.) 17.30; Kolln. Heide — Fichte (Instr. Lutkemeier). Abt. C: Luckenw. 1 2—Jüterbog (Bloßfeld, LT V); Dahme — Luckenw. III (Winkelmann LT. V.). Kl. Zinna — Ruhlsdorf (Winkler, LT. I.) — 2 Mannschaften. Abt. A: Wilmersdorf—Hertha (Hopfner, Telt.) 9.00. — Abt. B. Volkssp.—Luckenw. II (Kupfermann, W.) 13.00; Kölln. Heide—Fichte (Dossow, Schöneberg); Sperenberg 1 — Woltersdorf (Volkssp.) 16.00 — Abt. C: Dahme—Luckenwalde III (Winkelmann, LT. V.) Propagandaspiel in Kummersdorf: Klausdorf 1—Jänickendorf 1 (auslosen).

Jugend. Abt. A: Lichtenberg 1 1—Eintracht (Handtke, Adl.) 11.00: Borsigwalde—Teltow (Eintracht) 11.00. — Abt. B: Normannia—Adler (Lichtenbg. II) 10.00; Wilmersdorf—Schöneberg (Friedenau) 10.00.

Gesellschaftsspiele. Minerva—Hansa (Neukölln) 11.00; Lichtenberg 1 2—Staaken (Normannia) 12.00. Spielfrei: Brandenburg und Ketzin. — Gruppenfest in Elstal: Nowawes—Drewitz (Elstal).

Schüler. Elstal—Nowawes (auslosen): Zehdenick—Saxonia (auslosen) 3.30; Minerva—Kölln. Heide (Volkssp.) 10.00; Normannia—Cladow (Lichtenberg I) 11.00; Hansa—Werlsee (Nord 32) 11.00; Caputh—Pankow (auslosen) 11.00, Schöneberg—Adler 2 (Wilmersdorf) 11.00; Spandau—Lichtenberg II (Eintr.-Sp.) 11.00; Lichtenberg I—Adler 1 (Holtfoth. B.) 10.00. Spielfrei: Zossen.

Ein sehr anregendes Spiel steht außerdem noch im 1. Bezirk bevor. Lichtenberg I hat aus dem 16. Bezirk die spielstarke Mannschaft von „Sturm", Anna-Hütte NL. verpflichtet. Der Anfang ist auf 4 Uhr festgesetzt.

Freikörperkultur

Nackthultur und Sexualerziehung ist das Thema des ersten Lichtbildvortrages der Körperkulturschule Adolf Koch, Mittwoch, 8. Juni, im Städtischen Bild- und Filmamt, Levetzowstraße 2 (Nähe Hansaplatz). — „Nackte Menschen in Luft und Sonne" lautet der Titel des zweiten Abends, Freitag, 10. Juni, im gleichen Saal. Am zweiten Abend läuft der sozialistische Freikörperkulturfilm mit obigem Namen. Referent an beiden Abenden Adolf Koch. Die Unkostensätze betragen für Nichtverdiener, Jugendliche sowie geschlossene sozialistische Gruppen 0.30, sonst 0.50 Mk. Gäste dürfen durch organisierte Genossinnen und Genossen eingeführt werden. Die Karten sind eine Stunde vor Beginn jeder Veranstaltung an der Abendkasse zu haben, sowie im Vorverkauf Friedrichstraße 218 (Schulbüro). Als Ausweis gilt das Parteimitgliedsbuch u. ä.

Sächsische Sportvorschau

Sport im Zwickauer Bezirk

Der erste Junisonntag bringt eine derartige Hochflut von Spielen, daß es uns einfach unmöglich ist, die Vorankündigungen in der gewohnten Weise zu handhaben. Wir sehen uns daher veranlaßt, nur die wichtigsten Veranstaltungen hervorzuheben. Bezirksveranstaltungen gehen selbstverständlich vor! Daß unsere Bezirksmannschaft ins Erzgebirge fährt, ist schon bekannt geworden. Die Abfahrt erfolgt aber nicht um 13.00, sondern schon um 12.00 Uhr ab Niederhaßlau (Rest. Förster). Nächsten Sonntag, den 12. Juni, nach Abschluß der Straßenstaffel „Quer durch Zwickau" geht es nach Plauen, auf den Niederhaßlauer Sportplatz. Ganz besondere Beachtung verdienen am Sonntag die Veranstaltungen der Sporthallenweihe in Wilkau und der gemeinschaftliche Sporttag der Lichtentanner Nachbarvereine.

Sonntag: Sporthallenweihe in Wilkau

Das Programm wurde noch etwas ausgeschmückt, so daß sich die gesamte Veranstaltung zu einer mächtigen Kundgebung für den Arbeitersport, insbesondere eine Vorprobe für das Bezirksfest gestalten wird.

Gemeinsames Sportfest in Lichtentanne

Beteiligt sind die Vereine: Stenn, Ebersbrunn, Rottmannsdorf, Schönfels und Lichtentanne. Am Freitag erfolgt die erste Ausscheidung zwischen Lichtentanne—Schönfels. Am Sonntag trifft der Sieger auf Ebersbrunn um 18.00 Uhr.

Netzschkau—Gera-West 16.30; Oberhohndorf—Rödlitz 16.00; Planitz—Meerane-Crotenlaide 11.00; Reinsdorf—Zwickau-Süd 16.00 Reichenbach—Cainsdorf 16.00; Zwickau geg. Vielau 10.30 Fichtenplatz: Crimmitschau—Pöhlau 17.00; Werdau—Steinpleis 18.00. Mylau—Zwickau-Nord 16.00; Mosel — Mülsen-Jacob 15.00. Hartensdorf — Wiesenburg 15.30. Schließlich treffen sich noch Friedrichsgrün 1—Reinsdorf 2 15.00; Lengenfeld—Dorfstadt 9.30. Brockau—Grün 16.00; Crimmitschau 2—Rotschau 1 15.30.

Spiele der unteren Mannschaften

Neukirchen 2—Vielau 2 14.15; Werdau 2—Steinpleis 2 16.30; Niederhaßlau 2a—Zwickau-Süd 2 12.30; Netzschkau 2 geg. Cainsdorf 2 14.00; Brockau 2—Grün 2 13.45; Oberhohndorf 3—Rödlitz 2 14.00. Wilkau 3—Auerbach 2 10.10; Mülsen-Niclas 3—Pöhlau 3 14.00; Crimmitschau 3—Rotschau 2 14.00; Crimmitschau 4—Mülsen-Jacob 2 9.00; Netzschkau 3—Haselbrunn 1 11.00; Netzschkau A.M.—Cainsdorf A.M. 12.30.

Jugend: Reichenbach—Cainsdorf 14.00; Crimmitschau—Mülsen-Jacob 10.30; Netzschkau—Gera-West 15.30; Planitz—Oberhohndorf 10.00.

Knaben: Crimmitschau—Mülsen-Jacob 11.30; Netzschkau—Waltersdorf 15.15; Netzschkau—Haselbrunn 11.00; Mosel—Pöhlau 14.00. Zwickau—Vielau 9.30; Neukirchen—Vielau 13.15; Reichenbach—Cainsdorf 15.00.

Wichtige Mitteilungen der Bezirks-Pressestelle

(6. Bezirk)

Straßenstaffel „Quer durch Zwickau" am 12. Juni 1932.

Pünktlich um 8.30 Uhr steht alles startfertig auf dem Volkshausplatz!

Bezirkslauf aller Sparten am 23. und 24. Juli.

Meldeschluß aller Wettkämpfer war der 1. Juni. Einige säumige Vereine fehlen noch! Holt das sofort nach und meldet an Arno Hermann, Planitz, Hohe Straße.

Kindertreffen am 10. Juli in Werdau!

Kindertum-, Schwimm- und Sportwettbewerb! Erledigt umgehend alle Vorarbeiten für den Festtag unserer Kleinsten! Das Programm wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. Die näheren Organisationsfragen werden durch Rundschreiben mitgeteilt.

Wichtige Vereinsveranstaltungen!

5. Juni: Sporthallenweihe in Wilkau. Gemeinschaftliches Sportfest der Vereine: Ebersbrunn, Stenn, Lichtentanne, Schönfels und Rottmannsdorf in Lichtentanne.

12. Juni: Sportfest in Cainsdorf und Oberhohndorf.

Sport im Plauener Bezirk

Sonntag, 5. Juni.

Rodewisch—Rempesgrün (16) (41). — **Eiche 5. Abtl.—Wacker** (17) (8). — **Raschau gegen Rebesgrün** (15.30) (34). — **Lauterbach gegen Treuen** (15.30) (21).

2. Klasse.

Lauterbach—Treuen (14) (9). — **Raschau gegen Rebesgrün** (14) (29). — **Rodewisch gegen Rempesgrün** (13.30) (51). — **Rodewisch (Knaben)—Rempesgrün (Knaben)** (15) (49). — **Spielver. 23 2—Kürbitz 2** (Sonnabend 18) (63).

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Der 8. Bezirk auf Reisen

Die meisten Vereine unternehmen Fahrten außerhalb des Bezirkes und Kreises, daher finden nur wenige Spiele im Vogtland statt. Eintracht macht mit ihrer 1. Mannschaft eine Autofahrt ins Bayernland, um gegen die beiden spielstarken Vereine Windisch-Eschenbach und Weiden Freundschaftsspiele auszutragen. Die Mannschaft in Windisch-Eschenbach ist uns noch unbekannt, doch sollen sie gut Fußball spielen. Hoffen wir, daß „Eintracht" den 4. Kreis sowie ihren Bezirk gut vertreten wird. Auerbach fährt nach Wilkau mit der 1. und 2. Mannschaft, und es wird sich zeigen, ob Auerbach sich wieder behaupten kann. Die Befähigung besitzen sie. Weiter wollen wir auf die Werbewoche in Kürbitz hinweisen. Es finden in der Zeit vom 25. Juni bis 3. Juli in Körbitz wichtige Spiele statt. Die Vereine wollen noch folgendes beachten: Rodewisch, neue Anschrift: Kurt Weidenmüller Rodewisch V. Nostig Wollwitz. Helmbrecht in Bayern sucht Spielverbindung mit den Vereinen vom 8. Bezirk. Anschrift: Herbert Kaiser, Helmbrechts B., Kolonienstr.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin-Brandenburg:

EBV-Sitzung Sonntag, 5. Juni, 9.30 Uhr.

Gewerkschaftstag am Dienstag fällt aus.

Montag, 6. Juni:

Ortsgruppe Mitte: Erwerbslosenstaffel 15 Uhr im Sekretariat, Magazinstraße 12a — Funktionärsitzung 18.30 Uhr bei Reich, Linienstraße 146.

Alle anderen Veranstaltungen fallen aus.

Dienstag, 7. Juni:

Ortsgruppe Friedrichshain: Abt. 3 u. 4, 19.30 Uhr, im Lokal Krugmann, Memeler Straße 63. Thema: „Wir und die KPD". Ref. Gen. Butte. — Abt. 5, 6 u. 7: 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Jeschke, Tilsiter Straße 15. Referent Gen. Heydt.

Ortsgruppe Bohnsdorf-Falkenberg: Im Gemeinschaftshaus Falkenberg (Gutshof) 20 Uhr Mitgliederversammlung. „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben."

SSB

Montag, 18 Uhr, Ordnerdienst Pharussäle, Müllerstraße 142. Leitung: Genosse Laser.

SJV

Montag, 6. Juni, fallen alle Veranstaltungen der Gruppen und Referentenschule aus. Restlos an der 61. öffentlichen Versammlung der Partei in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142, beteiligen!

UB Neukölln: Sonntag alle Genossen 17 Uhr im Heim.

*

SAP Stettin: 20 Uhr im Keller, Klosterhof: Mon., 6. Juni, Gewerkschaftsgenossen SAP, ..PO. Mittwoch, 8. Juni, Parteiversammlung. Freitag, 10. Juni, Stellung zur PD und zur KJ (Gen. Burmeister).

SJV Thale (Harz): Mittwoch, 8. Juni, öffentliche Versammlung im „Rheinischen Hof". Referent Genosse Walter Hase, Mitglied der Bezirksleitung. Thema: „Jungprolet, greif zu!". Alle 14 Tage Montags Schulungsabende bei dem Gen. Jordan, Koloniestr. 8. Nächster Abend Montag, 6. Juni. Referent Genosse Heinz Brandt über „Der SJV im Kampf um die Jugend". Gäste zu allen Veranstaltungen willkommen.

SAP Lausitz: Ortsgruppenleiter Rundschreiben des Bezirksvorstandes genau beachten! Von einer Reihe Gruppen fehlen die Fragebogen über unsere Presse. Sofort einsenden. — Anmeldungen für den Walcher-Kursus auch von den Lausitzer Gruppen direkt nach Dresden, spätestens bis 10. Juni.

SAP Radebeul: Dienstag, 7. Juni, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Hubler Gasthof, Serkowitz. Genosse Fabian spricht über das Thema „Brüning gestürzt — was wird nun?"

SJV Arbeitsgebiet Freital: Dienstag, 7. Juni, 20 Uhr, in der Rehbockschänke, Gittersee, Mitgliederversammlung. Alle Gruppen vollzählig.

SSB Dresden: Mittwoch, 6. Juni, 18.00 und 20.15 Uhr, Filmveranstaltungen im großen Saal des Keglerheims, Friedrichstraße. Es läuft der große Russenfilm „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". Mitwirkung der „Nebelspalter", Ansprache des Genossen Melcher.

SAP Coswig: Montag, 6. Juni, 20 Uhr, Monatsversammlung im Wettiner Hof, Kotitz.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. mbH. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2.10 monatlich zuzüglich RM. 1.30 Porto.

Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.", Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 5. Juni 8 Uhr: **Sizilianische Vesper**
Montag, 6. Juni 8 Uhr: **Der Zigeunerbaron**

Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt
Sonntag, 5. Juni 8 Uhr **Egmont**
Montag, 6. Juni 8 Uhr: **Geschichte Gottfriedens von Berlichingen**

Schillertheater Charlottenburg, Bismarckstraße
Sonntag, 5. Juni nachm. 3 Uhr **Die Räuber**
8 Uhr **Abschied von der Liebe**
Montag, 6. Juni 8 Uhr: **Abschied von der Liebe**

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 8.30 Uhr
Der Mann, den sein Gewissen trieb
von Maurice Rostand
Vorzeiger dieses Inserats erhalten auf Plätzen von 2 M. an 50% Ermäßigung.

Krolltheater a. Platz der Republik
Montag, 6. Juni 8 Uhr: **IX. Sinfonie** von Beethoven

Volksbühne Theat. a. Hallesch. Pl.
D 1 Norden 2940
Sonntag, 5. Juni Montag, 6. Juni 8¾ Uhr: **Die goldene Uhr**

Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonntag, 5. Juni 6 u. 9 Uhr; Montag, 6. Juni 8.30 Uhr: **Weekend im Paradies**
Gartenbühne Sonntag 5 Uhr; Montag, 5.30 Uhr: Konzert und Varieté 8.15 Uhr. **Zigeunerliebe**

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vexhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Die unsterbliche Walzeroperette von Johann Strauss im Tonfilm mit Anny Ondra
Die Fledermaus
mit Georg Alexander, Ivan Petrovich, Hans Junkermann
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM
Tägl. ab 9 Uhr vorm. Sonntag ab 8 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Münz-Theater Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Feldherrnhügel
und
Der Boss

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Kriminalreporter Holm
und
Mein Freund, der Millionär
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

PRATER Lichtspiele Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Der letzte Walzer
dazu:
Die große Bühnenschau

Theater des Weddings Müller-, Ecke Sellerstraße
Chauffeur Antoinette
dazu:
Hygiene der Ehe

Pharus Lichtspiele Müllerstraße 142
Buffalo Bill I. Teil
Der tollkühne Reiter II. Teil
Die brennende Prärie
etwa 2½ Stunden
Jugendliche haben Zutritt

Elysium-Lichtspiele Prenzlauer Allee 56
Der große Unterweltsfilm in deutscher Sprache
Straßen der Weltstadt
ferner:
Max Hansen, Ursula Grabley in
Einmal möchte ich keine Sorgen haben

Großer Preisabbau!
Billig wie noch nie!
Inlette!
Oberbett . . . Mk. 9.50, 10.-, 12.-
Kissen . . . . „ 2.55, 2.65, 3.50
rot, türkisch. Mako.
Steppdecken . . . . Mk. 13.50
Daunendecken . . . . . „ 52.—
Wander-, Wochenend-Decken in allen Preislagen
Bettfedern
und Daunen zu den bekannten billigen Preisen
Bei Einkauf Gratisreinigung!
Böhm. Bettfedern-Spezialhaus
Sachsel & Stadler
Berlin C 489
Landsberger Straße 43-45
Nähe Alexanderplatz
SAP-Mitglieder 5% Rabatt
in Groß-Berlin Fahrgelderstattung

Das rote Gewerkschaftsbuch

erscheint zum 1. Juni als 5. Buch in der Reihe der „Roten Bücher" der Marxistischen Büchergemeinde. Verfasser dieses Buches sind die Genossen

A. Enderle, J. Walcher, F. Weckerle und H. Schreiner.

Dieses Buch zeigt klar und eindeutig die großen Aufgaben, die die Gewerkschaften in dieser ökonomischen und politischen Krise haben.

Dieses Buch mußt Du unbedingt lesen

wenn Du wissen willst, worauf es heute ankommt, welche Stellung Du in der Gewerkschaftsfrage und in der Gewerkschaftsarbeit einnehmen sollst. Aber nicht nur lesen mußt Du dieses Buch, sondern Du mußt überall bei allen Gewerkschaftskollegen für weiteste Verbreitung sorgen.

Das Buch kostet für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde 3 Mk.

für Nichtmitglieder 4,75 M.

Solche Bücher wie dieses müssen in Massenauflagen ins Volk. Zur Verbreitung solcher Bücher brauchen wir unsere Bücherorganisation, die Marxistische Büchergemeinde, die immer weiter ausgebaut werden muß und für die täglich neue Mitglieder geworben werden müssen.

Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 Mk., für 3 Monatsbeiträge bekommst Du 1 Buch

Melde Deine Mitgliedschaft an und bestelle sofort das Gewerkschaftsbuch bei dem örtlichen Literaturobmann oder direkt bei

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

wo Du auch Prospekte und Material anfordern kannst und jede weitere Auskunft über die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde erhältst.

M·I·L·A Lichtspiel-Palast Schönhauser Allee 130
Und wieder 2 Großfilme in einem Doppelprogramm
Renate Müller, Hermann Thimig, Szöke Szakall, Fritz Grünbaum in den tollen Lustspiel von heiratswütigen Leuten
Mädchen zum Heiraten
und
Hermann Speelmann, Elga Brink, Julius Falkenstein
Kriminalreporter Holm

Oberlausitz

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark
kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Molkerei
Herrnhut i. Sa.

Größte Auswahl in
Fahrräder u. Nähmaschinen
zu niedrigsten Preisen bei
Friedrich Güttler
Neusalza-Spremberg

Kauft Gutscheine für den Pressefonds

Reunion 8 B
6 Stück 20 Pfg. Leicht u. rein mocedonisch

Stettin

Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

RGO-Gewerkschaftsspaltung unter der „Einheits"-Flagge

Zur Generalversammlung im Ind.-Verb. f. d. Baugewerbe

Wohl kaum eine Arbeiterschicht ist so gewerkschaftlich gespalten und zerrissen wie die der Bauarbeiter. Es gibt hier nicht nur die drei bekannten Richtungen: freigewerkschaftlich, christlich und Hirsch-Duncker, sondern innerhalb des sozialistisch-kommunistischen Flügels — von Syndikalisten, Akkordmaurerverband und anderen Splittern ganz zu schweigen — noch eine ganze Reihe sich gegenseitig aufs heftigste bekämpfende Bauarbeiterverbände. Diesem traurigen Zustande ist es nicht zuletzt zuzuschreiben, daß jetzt den Bauarbeitern dieser gewaltige Lohnabbau aufgezwungen werden konnte.

1921 kam es infolge der brutalen und bornierten Massenausschlußtaktik der reformistischen Bürokratie des Baugewerksbundes zu der ersten größeren Abspaltung im freigewerkschaftlichen Lager. Aus dieser Abspaltung wuchs der in Berlin und einigen anderen Bezirken sich zu beachtlicher Stärke entwickelte Industrieverband für das Baugewerbe (IVfdB.) heraus. Der Verband, der in Berlin bis vor kurzem an die 20 000 Mitglieder zählte, steht ganz auf dem revolutionären Boden. Bei Wahlen, Demonstrationen und sonstigen Aktionen setzt er sich stets für die Kommunistische Partei ein.

Man sollte meinen, daß ein solcher Verband die volle Unterstützung der KPD und schließlich auch ihrer RGO finden würde. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall. **Seit etwa Jahresfrist wird keine Gewerkschaft von der RGO und KPD wütender und — schamloser bekämpft als der IVfdB.** Daß dem so ist, beweist schlagend, daß die RGO nicht eine Kraft zur Revolutionierung und Stärkung der Gewerkschaften ist, sondern daß **die RGO eine im Wesen antigewerkschaftliche,** jede Gewerkschaft zerstörende Kraft ist.

Seit etwa 1½ Jahren versucht die RGO, den IVfdB ganz unter ihre Fuchtel zu bekommen. Ihr ist es dabei weniger um die Stärkung der revolutionären Kräfte, als um die Kasse des IVfdB zu tun. Das war von Anfang auch einer der Hauptgründe, weshalb sich der IVfdB dem Liebeswerben der RGO widersetzte. Nun begann ein systematisches Zersetzungsmanöver der RGO-Drahtzieher gegen den IVfdB. Mit Lügen, persönlichen Verleumdungen, unzähligen Flugblättern, ja Bestechung einzelner Mitglieder des IVfdB wird gearbeitet, um den Verband zu zersetzen und so „sturmreif" für die RGO zu machen. Es gelang der RGO auch immer wieder, auf diese Art Verwirrung in die Mitgliedschaft des IVfdB zu tragen. Ein Hauptmittel hierzu war, daß man vor einem Jahr einen eigenen RGO-Laden, den sogenannten „Einheitsverband für das Baugewerbe" aufzog und von Beauftragten immer wieder Anträge im IVfdB auf Anschluß an den „Einheitsverband" stellen ließ. Diese Manöver wurden unterstützt und ergänzt durch eine unausgesetzte Lügenhetze gegen die Führung des IVfdB, die „den Anschluß sabotiere". Die RGO ging dabei so weit, daß sie sich in Verbindung mit dem Inhaber der über dem Verbandsbüro des IVfdB gelegenen Wohnung setzte, um so die Vorstandssitzungen zu bespitzeln.

Als das noch nicht zum gewünschten Erfolg führte, ging die RGO neben ihrem „Einheitsverband" zu einer weiteren Neugründung über. Es wurde zum ausschließlichen Zweck der Zersetzung mit einigen von ihr bearbeiteten IVfdB-Mitglieder eine besondere Organisation (revolutionäre Opposition im Industrieverband für das Baugewerbe") aufgezogen, mit einer eigenen Zeitung „Roter Bau-Prolet". Man wählte in demagogischer Weise diesen Titel, weil auch das offizielle Organ des IVfdB „Bau-Prolet" heißt. Der Hauptmacher dieser „Oppositions"-Organisation ist ein gewisser Kallinke, der als früheres Mitglied des IVfdB von der RGO regelrecht gekauft wurde, indem er, **obwohl erst sechs Wochen Mitglied der KPD, als Kandidat bei der preußischen Landtagswahl aufgestellt** wurde. Wenn dagegen dann der IVfdB Stellung nimmt und solche RGO-Schädlinge ausschließt, dann ist großes Geschrei in der „Roten Fahne" und bei der RGO.

Das RGO-Treiben hatte aber schließlich den gegenteiligen Erfolg. Heute sehen auch große Teile der Mitglieder, die zunächst auf die RGO-Verwirrungsmanöver hereinfielen, ein, **daß die RGO ein frevelhaftes Spiel treibt und nur die Absicht verfolgt, den IVfdB zu zerschlagen und damit die Kampfkraft der Bauarbeiter zu zerstören.** Die schlimmste Hetze der RGO spielt sich nämlich just in der Zeit ab, in der der unerhörte Unternehmerangriff gegen die Bauarbeiter erfolgt, in einer Zeit, wo doch gewiß alles getan werden müßte, um eine geschlossene Kampffront aller Bauarbeiter gegen das Unternehmertum zu schaffen. **Trotzdem der IVfdB einen großen Teil seiner Kräfte zur Abwehr gegen die Zersetzungsmanöver verwenden mußte, muß zu seiner Ehre gesagt werden, daß er auch in dieser Zeit alles tat, um eine wirkliche Einheitsfront aller Richtungen zum praktischen Kampf auf den Baustellen zu schaffen.** Er hat sich dabei stets bereit erklärt, auch mit dem Baugewerksbund zum gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer zusammenzuarbeiten.

Zu allen diesen Vorgängen hat die Berliner Generalversammlung des IVfdB am Montag, den 6. Juni, Stellung zu nehmen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mitglieder in der Generalversammlung einmütig die RGO-Treibereien ablehnen und aufs schärfste verurteilen werden. Aber das allein genügt nicht. **Sie müssen erkennen, daß der Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht gedient wird, wenn der IVfdB mit seiner bedingungslosen Unterstützung der KPD in allen sonstigen Fragen fortfährt. Vielmehr muß auch der IVfdB erkennen, daß eine wirkliche Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats nur möglich ist durch Unterstützung des von der SAP geführten Kampfes.**

Alle übrigen Arbeiter und besonders unsere Genossen müssen aber aus diesen Vorgängen erkennen, welch unheilvolle Rolle die RGO in der ganzen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung spielt.

Zusammenbruch der Sozialversicherung beginnt

Zahlungseinstellung der Tiefbauberufsgenossenschaft

TU. Berlin, 4. Juni 1932.

Wie der DHD erfährt, war die Tiefbauberufsgenossenschaft, eine der größten Berufsgenossenschaften des Baugewerbes, in diesem Monat nicht mehr in der Lage, ihre Postvorschüsse (382 000 M.) zu zahlen. Die Ursache liegt in der kaum 15 v.H. betragenden Beschäftigung gegenüber normalen Verhältnissen des Tiefbaugewerbes. Während die Lasten in Form der Renten gleichgeblieben sind, haben die Lohnsummen und damit die Einnahmen der Tiefbauberufsgenossenschaft einen ständigen Rückgang aufzuweisen gehabt. Das in Friedensjahren angesammelte Vermögen von vielen Millionen Reichsmark ist durch die Inflation vernichtet und nur bescheiden aufgewertet worden.

Das Tiefbaugewerbe und die Genossenschaft haben sich seit vielen Monaten durch Verhandlungen mit den zuständigen Ressorts bemüht, den Niedergang der Berufsgenossenschaft aufzuhalten. Die Ministerien haben sich jedoch zu einem Eingreifen nicht bereitgefunden. Tatsache ist jedenfalls, daß ein Heer von Unfallverletzten und Rentenempfängern unbefriedigt bleiben. Es bleibt nur übrig festzustellen, wann die anderen Berufsgenossenschaften des Baugewerbes folgen werden.

Diese Meldung ist für Hunderttausende von Sozialrentnern ein Ruf des Schreckens. Denn wie die Meldung selbst schon sagt, ist der Bankrott der Tiefbauunfallgenossenschaft nur der Anfang vom Bankrott in der Zahlungseinstellung der meisten übrigen Sozialversicherungen. Hunderttausende von Alters-, Invaliden- und Unfallrentnern, die nur auf die ohnedies auf Bettelpfennige gekürzten Renten angewiesen sind, werden in kurzer Zeit vor dem blanken Nichts, vor dem buchstäblichen Verhungern stehen.

Die Generalsregierung wird noch rigoroser, noch brutaler als die Brüning-Stegerwald gegen die Sozialversicherung vorgehen. Sie wird — nach den Plänen Stegerwalds — jeden Reichszuschuß streichen, was unter den jetzigen Verhältnissen eben den völligen Bankrott der Sozialversicherung bedeutet.

Es braucht nicht erläutert zu werden, was das für die gesamte Arbeiterklasse bedeutet. Hier wäre jedes Ausweichen vor dem Kampf der Marsch zum Friedhof. **Deshalb ist heute die schleunigste Herstellung der proletarischen Einheitsfront, die sofortige Aufnahme des geschlossenen außerparlamentarischen Kampfes nicht nur gegen Generals- und Faschistendiktatur, sondern auch gegen die unmittelbar drohende Gefahr des Verhungerns zu einer akuten Existenzfrage der Arbeiterklasse geworden.**

Daher, Proletarier in allen Arbeiterorganisationen, ans Werk! Wer diese lebensnotwendige Einheitsfront noch länger aus parteiegoistischen oder parteitaktischen Gründen hindert und sabotiert, muß von der Wucht des einheitlichen Willens der Masse hinweggefegt werden.

Buchbinder-Generalversammlung

Am 2. Juni fand die Quartalsgeneralversammlung der Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes statt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl von 11 000 auf 9000 gesunken ist, davon waren am 31. März 4902 Mitglieder arbeitslos und 921 Kurzarbeiter. Es gehen wöchentlich nur 4000 Beiträge ein. Um den Unterstützungsverpflichtungen nachzukommen, wurden allein im letzten Quartal 60 000 Mark Zuschuß aus der Zentralkasse angefordert.

Aus dem auf der Versammlung erstatteten Verbandstagsbericht war zu entnehmen, daß zwar die Verbandsbeiträge in der alten Höhe geblieben sind, aber die Krankenunterstützung (zunächst auf ein Jahr) gänzlich beseitigt, die Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung stark eingeschränkt wurde. Zum Trost wurde mitgeteilt, daß auch die Angestelltengehälter um 25 Prozent gekürzt wurden und — wenn die 40 Stundenwoche eingeführt wird (?) — ein weiterer Abbau der Gehälter um 16⅔ Proz. erfolgen wird. Es wurde auch mitgeteilt, daß die Berliner Delegierten auf dem Verbandstag für die Beseitigung des Verbandsbeirats gestimmt hätten, aber (erfreulicherweise, d. B.) dabei in der Minderheit geblieben wären. Mit Befriedigung stellte aber der Bevollmächtigte fest, daß in den Beirat auch Verbandsangestellte gewählt werden können. Dementsprechend stellte auch die reformistische Mehrheit in der Versammlung zu der Beiratsurwahl zwei Angestellte als ordentliche und zwei weitere Angestellte als Ersatzkandidaten auf. Entgegen einem von unseren Genossen gestellten Antrag, die Urwahl in den Betrieben vorzunehmen, wurde beschlossen, die Urabstimmung „aus Sparsamkeitsgründen" nur in einem Lokal stattfinden zu lassen.

Die Angestellten der Berliner Zahlstelle wurden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt, für den wegen Alters ausscheidenden ersten Kassierer wurde kein Ersatzmann gewählt. Ebenso mußte die Wahl der Vertreter in den ADGB-Ortsausschuß ohne Gegenkandidaten vor sich gehen, weil nach dem Statut dafür nur Mitglieder der Ortsverwaltung in Frage kommen.

Die Diskussion wurde außer einem KPD- und einem SPD-Kollegen nur von unseren Genossen bestritten. Sie vertraten in jeder Frage die revolutionäre Auffassung und kritisierten scharf die reformistischen Maßnahmen. Sie sind überzeugt, daß es ihnen durch zielbewußte und beharrliche Aufklärungsarbeit gelingen wird, einen immer größeren Teil der Mitglieder für eine Änderung der bisherigen Verbandspolitik und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

Aschinger droht mit Stillegung

In einer Belegschaftversammlung des Aschingerbetriebs wurde mitgeteilt, daß die Firma die Schließung ihrer sämtlichen Betriebe beantragt hätte. (Es handelt sich hier selbstverständlich nicht um die Ausschankstellen, sondern nur um die Wirtschaftsbetriebe.) Mit der beabsichtigten Betriebsstillegung wird die von uns schon gemeldete Kündigung der Hälfte der Angestellten und sämtlicher Handwerker begründet.

Gegenüber diesen sehr eigenartigen Manövern der Aschinger-A.G. nimmt die Führung des Gesamtverbandes einen ganz unglaublichen Standpunkt ein. Sie verlangt von den Arbeitern bei Aschinger, daß sie auf die ihnen tariflich zustehende Bezahlung der Feiertage verzichten, um den gekündigten Handwerkern ein paar Wochen länger Beschäftigung zu ermöglichen. Als die Arbeiter auf diese sonderbare Forderung nicht sofort eingingen, appellierten die Verbandsangestellten an ihre Solidarität. Mit Recht fragten demgegenüber die Arbeiter: Wo bleibt denn eure Solidarität?

Es braucht hier nicht betont zu werden, daß dieser Vorschlag der Verbandsangestellten eins der üblichen reformistischen Manöver ist, um einem zielklaren und konsequenten Kampf auszuweichen. Selbst wenn der Vorschlag angenommen und durchgeführt würde, wäre damit den gekündigten Handwerkern und Angestellten nicht geholfen. Es sind ganz andere Kampfmaßnahmen notwendig. Aschinger ist vor allem auf die Arbeiterkundschaft angewiesen. Wenn daher in Verbindung mit dem ADGB-Ortsausschuß die gesamte Berliner Arbeiterschaft gegen die Machinationen der Aschinger-Direktion mobilisiert würde, so würde sich Aschinger bestimmt überlegen, ob er mit seinem rigorosen Vorgehen gegen die Arbeiterschaft sich nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Wahlkampf in Mecklenburg

Schwerin, 8. Juni 1932

In Mecklenburg-Schwerin finden am kommenden Sonntag die Neuwahlen zum Landtag statt. Die Nationalsozialisten machen auch bei diesem Wahlkampf viel Tamtam mit Hitler-Kundgebungen, zu denen sie Eintrittspreise (für Kundgebungen unter freiem Himmel) von 1 bis 10 Mark verlangen. Arbeiter können diese Eintrittspreise kaum bezahlen, trotzdem nehmen viel Arbeiter an diesen Veranstaltungen teil. Aber in der Hauptsache solche Landarbeiter, die von den Rittergutsbesitzern von den großen Gütern im Lande unentgeltlich nach der Stadt transportiert werden und für die die notleidenden Großagrarier auch noch das Eintrittsgeld bezahlen. Auch die Sozialdemokraten machen große Anstrengungen, ihr Wahlkampf aber bleibt, trotzdem sie sehr viel Reichstagsabgeordnete herangeholt haben, matt. Die Kommunisten, denen viele Wahlversammlungen verboten wurden, deren Zeitung auch bis kurz vor dem Wahlkampf verboten war, treten wenig in Erscheinung.

Die Sozialistische Arbeiterpartei, die bei der Festsetzung des Wahltermins nur über eine Ortsgruppe im Lande verfügte, beteiligt sich an der Wahl. Dank der sehr opfervollen Tätigkeit der überaus rührigen Schweriner Ortsgruppe hat die SAP in diesem Wahlkampfe sehr gute Fortschritte für unsere Bewegung gemacht. Bisher sind im Wahlkampfe 25 Versammlungen der SAP veranstaltet worden, bei denen unsere Redner bei den Arbeitern, auch bei den Landarbeitern sehr viel Verständnis für unser politisches Wollen gefunden haben. Außerdem stellen unsere Genossen in vielen Versammlungen der SPD, der KPD und der Nazis Diskussionsredner, die so viel Anklang fanden, daß KPD und SPD schon in verschiedenen Orten keine Diskussion mehr gestatten. Was kein Zeichen von besonderer innerer Stärke und Zuversicht ist. In einer SPD-Versammlung in Godern fand unser Redner im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Referenten starken Beifall

Es ist der SAP bei diesem Wahlkampfe gelungen, organisatorische Stützpunkte in Grabow, Wahren, Brühl, Dömitz, Neustadt, Kriwitz und noch in einer Reihe anderer Orte zu schaffen. In Schwerin traten in der vergangenen Woche 5 Mitglieder der SPD zur SAP über, einige davon, die jahrelang Funktionäre der SPD waren. Nach der Versammlung des Genossen Seydewitz in Schwerin wurden wieder einige Neuaufnahmen für die Partei gemacht und wenn die Genossen auch nicht mit einem Mandat rechnen, so kommen sie doch organisatorisch gut voran und finden mit unserer politischen Parole von der Rettung der Arbeiterklasse durch den Kampfblock der Arbeiterorganisationen viel mehr Wiederhall bei den Massen, als heute schon bei der Stimmabgabe zum Ausdruck kommen kann.

Aus der Partei

SJV Jena zum Fall Scheler

Auf Grund der letzten Vorkommnisse in der SAP Jena und Thüringen sahen sich die Funktionäre des SJV Jena veranlaßt, folgende Entschließung anzunehmen:

„Der SJV Jena verurteilt aufs schärfste das Verhalten des Genossen Scheler-Titus. Er sieht in seiner Tätigkeit (Mißbrauch seiner Funktion als ehemaliger 2. Bezirksvorsitzender für organisationsschädigende Arbeiten, Mißbrauch seiner Funktion als Mitglied des Reichsausschusses des SJV, Veröffentlichung eines bewußt gefälschten Versammlungsberichtes der SAP, Jena in der KPO-Presse, Veröffentlichung eines Artikels in der KPO-Presse, die ihre einzige „revolutionäre" Aufgabe darin sieht, die angeblich konterrevolutionäre Rolle der SAP nachzuweisen), eine bewußte Arbeit, die SAP zu unterminieren und zu zerstören.

Ohne unsere politische Einstellung zu ändern, müssen wir mit aller Nachdrücklichkeit erklären, daß diese Arbeitsmethoden trotz demokratischen Zentralismus für eine Partei- und Jugendorganisation untragbar ist.

Wir erwarten, daß Genosse Scheler-Titus nunmehr die Konsequenzen ziehen wird. Anderenfalls hat er sich aus dem SJV ausgeschlossen zu betrachten."

Diese Entschließung wurde in der am 30. Mai stattgefundenen Funktionärsitzung einstimmig angenommen.

*

Der SJV-Jena schreibt uns dazu:

Der SJV Jena ist von der zersetzenden Arbeit Scheler-Titus nicht im geringsten betroffen worden. Politische Arbeit und Aktivität die vor allem jetzt nach organisatorischer Festigung eintritt, bieten aller Unterminierung trotz.

Aktivität zeigte das Pfingstzeltlager bei 100 Prozent Beteiligung. In politischer Arbeit wurde am 29. Mai das erstemal ein Arbeitskreis abgehalten, mit Genossen Hein Herbers, Kassel, als Referenten. Er verstand es in ausgezeichneter Weise die materialistische Geschichtsauffassung an historischen Beispielen zu erläutern. Die positive Arbeit wird durch die planmäßig einsetzende Gruppenarbeit ausgebaut. Wir wünschen deshalb stärkste Beteiligung an der Thüringer Führerausspracche am 19. Juni in Arnstadt.

Immer tiefer in die Krise

Fast zur selben Stunde, in der nach dem Willen der Neudecker Verschwörung ein Adelsklub sich als Reichsregierung etablierte, übergab das Institut für Konjunkturforschung seine neuesten Vierteljahrsbetrachtungen der Oeffentlichkeit. Nur ein Zufall verbindet beides zu einem gemeinsamen zeitlichen Geschehnis. Der innere Zusammenhang zwischen dem, was das Konjunkturforschungsinstitut an Tatsachen festzustellen gezwungen ist, und dem Regierungssturz springt indessen in die Augen: der Abschwung in der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands hat ein derartiges Tempo eingeschlagen, daß nur ein schmaler Grat noch von der völligen Katastrophe trennt. Es erweist sich, was eigentlich von vornherein vorauszusehen war, daß alle von Brüning durchgeführten Sanierungsaktionen auf der einen Seite und die mit ihnen gepaart gehenden Abbauaktionen auf der andern nichts gefruchtet, sondern das vom Wirbelsturm der Krise angerichtete Chaos nur noch vermehrt haben. War hierfür schon die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt — die nur ganz geringfügige Senkung der Arbeitslosenziffern — ein sehr beredter Hinweis, so machen dies die neuesten Berichte des Konjunkturforschungsinstituts vollends eindeutig. **Allgemein hat sich die industrielle Warenerzeugung in den Konjunkturgewerben weiter vermindert. Allein zwischen Dezember 1931 und März 1932 sank die Indexziffer der Produktion wichtiger Industrien von 59,4 auf 55,3 Prozent, wobei besonders bemerkenswert ist, daß in diesen Abschwung auch die Verbrauchsgüterindustrien schärfer als bisher einbezogen worden sind.** Entsprechend dieser Entwicklung sank die Beschäftigung von 44,7 v. H. der Arbeiterplatzkapazität im Dezember auf 41,2 v. H. im März und 41,7 v. H. im April.

Im

Steinkohlenbergbau

betrug die arbeitstägliche Förderung im April noch 327 000 t gegen 395 000 t zur gleichen Zeit des Vorjahres. In derselben Zeit ging die Kokserzeugung von 61 700 auf 48 500, die Brikettherstellung von 14 600 auf 13 000 Tonnen zurück. Die Intensität des eingetretenen Rückgangs zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1929, das eine arbeitstägliche Produktion aufwies für Steinkohle in Höhe von 539 000, für Koks von 105 600, und für Briketts von 18 300 Tonnen. Ungeachtet der ständig verringerten Produktion sind die Haldenbestände indessen fast ebenso unaufhaltsam gestiegen. Betrugen diese im Jahre 1927 im Monatsdurchschnitt für Steinkohle 1 735 000 und für Koks 459 000 Tonnen, so lagen im März 6 290 000 Tonnen Steinkohle und 6 361 000 Tonnen Koks unverkäuflich auf den Halden. Gegenüber März 1931 macht dies zwar bei der Steinkohle noch eine Verringerung um 53 000 Tonnen aus, dagegen sind die Kokshestände gegenüber dem Vorjahr um 550 000 Tonnen gestiegen und stellen damit einen bisher zu keinem Zeitpunkt erreichten Rekord dar. — Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug im Februar dieses Jahres an der Ruhr noch 38,4, in Oberschlesien 39,1 Stunden wöchentlich. Die Gesamtbelegschaft ist von Ende Dezember bis Ende März um weitere 25 000 Mann auf 306 000 vermindert worden.

Die Lage der

eisenschaffenden Industrie

wird durch folgende Ziffern beleuchtet:

Es betrug die monatliche Produktion (in 1000 t):

	Roheisen	Rohstahl	Walzeisen
1929 im Durchschnitt	1116,7	1353,8	1063,0
1931 im Durchschnitt	505,3	691,0	562,7
1932 Januar	358,4	405,0	341,1
März	314,0	433,2	357,0
April	335,8	520,5	441,8

In Betrieb waren Ende März noch 41 Hochöfen gegen 47 Ende Dezember. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden bewegt sich auf 32 bis 33 v. H. der Arbeiterstundenkapazität. Im Durchschnitt betrug die tägliche Arbeitszeit in der Großeisenindustrie 6 Stunden. Die für den April zu verzeichnende Produktionserhöhung führt sich hauptsächlich auf die neuen Rußlandaufträge zurück.

Noch ärger hat die Krise die

Maschinenindustrie

heimgesucht. Obwohl sich auch bei ihr in den letzten Monaten eine kleine Auftragsbelebung bemerkbar machte, die jahreszeitlich bedingt ist, betrug die Ausnutzung der Kapazität der Arbeiterplätze im April nur 32,5, der Arbeiterstunden gar nur 26,2 Prozent. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wird für den Monat März mit 38,1 gegen 41 Stunden zur gleichen Zeit des Vorjahres ermittelt.

Eine fast vollkommene Stockung ist auf dem

Baumarkt

zu verzeichnen. Im ersten Vierteljahr 1932 wurden in 96 Groß- und Mittelstädten insgesamt 8930 Wohnungen erstellt gegenüber 24 650 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Errichtung gewerblicher Gebäude erreicht noch nicht die Höhe wie im Vorjahr, und der Bau von öffentlichen Gebäuden ruht fast völlig. Das Institut schätzt den gsamten baugewerblichen Produktionswert für das Jahr 1932 auf 2 Milliarden RM. gegen 4 Milliarden im vergangenen und errechnet die daraus resultierende jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit mit etwa 800 000 bis 900 000 Bau- (Fach- und Hilfs-) Arbeitern. Die Geringfügigkeit der im Frühjahr eingetretenen Belebung wird durch die Tatsache belegt, daß die Zahl der in Arbeit stehenden Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes seit dem — Anfang März erreichten — Tiefpunkt von 9,5 v.H. des Mitgliederbestandes bis Ende April auf nur 15,4 v.H. gestiegen ist. Im vorigen Jahre standen um diese Zeit immerhin noch 34,8, und 1930 54,8 v.H. in Arbeit.

Die

Textilindustrie

liegt, wenn man von dem Produktionsindex ausgeht, leicht über dem Stand des Vorjahres, doch ist eine solche Schlußfolgerung nicht begründet. Das günstigere Bild ist nur dadurch zu erklären — das wird von dem Konjunkturforschungsinstitut auch hervorgehoben —, daß im ersten Stadium der Krise zunächst eine Verringerung der mengenmäßigen Bedarfsdeckung eintrat, jetzt indessen mehr und mehr eine Abwanderung zu billigeren Qualitäten zu bemerken ist, so daß die Produktion auch bei verschärft sinkenden wertmäßigen Umsätzen steigt. Diese Umstellung der Textilwirtschaft auf den Massenbedarf hat es auch mit sich gebracht, daß der Beschäftigungsgrad jetzt bei steigender mengenmäßiger Produktion sinkt. In den Textilarbeitergewerkschaften waren im April 32,1 v.H. der Mitglieder arbeitslos, während 42,6 Prozent kurz arbeiteten, gegenüber 21,4 bzw. 37,4 v.H. zur gleichen Zeit des vergangenen Jahres.

Der Bericht spricht auch offen die

Ursachen dieser Verschlechterung

aus: **die Schrumpfung der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt und die Schrumpfung des Exports, durch die schon jetzt bewirkt worden ist, daß der mengenmäßige Export von Textilfertigwaren gegenwärtig niedriger als jemals seit Beendigung der Inflation ist.**

Damit berührt nun der Bericht zwei für die weitere Entwicklung sehr entscheidende Tatsachen. Denn bleibt der Druck, der sowohl von der Schrumpfung als derjenige des Exports ausgeht, bestehen, dann setzt sich unvermeidlich auch die weitere Wirtschaftsschrumpfung und damit ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit fort. Die Textilindustrie, an der diese verhängnisvollen Folgen schon jetzt nachzuweisen sind, steht nicht allein. Mehr oder weniger machen sie sich auch bei allen andern großen Industrien Deutschlands deutlich spürbar. Eine Aenderung zum Bessern kann nur bewirkt werden, indem somit der Schrumpfungsprozeß sowohl der Kaufkraft als des Exports nicht nur aufgehalten, sondern in eine gegenteilige Entwicklung übergeleitet wird. Hier aber liegt der Knüppel beim Hund: jede Kaufkrafthebung im Innern kann immer nur auf Kosten der Profite und damit auf Kosten des Kapitals erfolgen, und da Brüning ja nicht darum weichen mußte, weil er etwa derartige Zumutungen an die Kapitalistenklasse stellte, sondern lediglich, weil ihr das Tempo des Lohn- und Sozialabbaus noch immer nicht genügte, so wird — wenn die Arbeiterschaft sich jetzt nicht zum Widerstand sammelt — der Schrumpfungsprozeß der Kaufkraft sich unter der neuen Regierung noch verschärft fortsetzen.

Nicht besser sind die Ausblicke, die die kommende Entwicklung des Exports bietet. Einmal stehen wir in einer allgemeinen, von Monat zu Monat wachsenden Schrumpfung des gesamten Welthandels, und zum andern ist es gerade die Agrarzollpolitik der jetzt durch Hindenburgs Diktat zur Regierung erhobenen Junker, die dem deutschen Export zu den ohnehin bestehenden allgemeinen Hemmnissen noch neue und besondere hinzufügt. Zwar liegen über den von dieser Regierung auf dem Gebiet der Handelspolitik einzuschlagenden Kurs noch keine Erklärungen vor, aber man braucht diese auch gar nicht erst abzuwarten, um ihn zu kennen. Ihr Ideal war schon immer die Autarkie, der völlige Abschluß gegen ausländische Agrareinfuhr. Das hat auch der Graf v. Kalckreuth kürzlich schon als die Absichten der Regierung ausgesprochen, und was das bedeutet, das zeigen soeben die sowohl von Holland als auch der Schweiz und von Italien angekündigten Gegenmaßnahmen, die auf neue große Exporterschwerungen in Deutschland hinauslaufen, übrigens einer der Hauptgründe, warum von Papen im Lager der bürgerlichen Demokratie auf Feindschaft stößt.

Aus dem schrumpfenden Export ergeben sich aber noch

weitere erhebliche Komplikationen.

Dank der bisher erzielten Exportüberschüsse war Deutschland wenigstens in der Lage, die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten, ohne auf die bereits sehr geringen eigenen Gold- und Devisenbestände — insgesamt nur rund 400 Mill. RM. — zurückgreifen zu müssen, nachdem es freilich schon zuvor durch die getroffenen Stillhalteabkommen mit dem Ausland weitgehend von Leistungen entbunden worden war. Schon heute steht fest, daß die Exportüberschüsse zu diesem Ausgleich nicht mehr ausreichen, wenn das Ausland sich nicht zu weiteren Stillhalteverabredungen versteht, was noch sehr fraglich ist, und vollends wird das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz erschüttert, wenn der Export noch weiter schrumpft.

Die Junkerclique ist sofort mit sehr großer Entrüstung auf dem Plan getreten, als man ihr unterstellte, daß sie einer neuen Inflation Vorschub leiste. Aber man kann mit Notverordnungen wohl einen Reichstag nach Hause schicken, nicht aber eine solide Währung dekretieren. Und so bleiben dann die Besorgnisse, mit der die Börse von Papen als Reichskanzler empfing, nach wie vor vollkommen zu Recht bestehen.

Aber wahrscheinlich beurteilt man diese Regierung überhaupt falsch, wenn man ihr unterstellt, sie wäre gerufen worden, um Probleme der kapitalistischen Wirtschaft mit wirtschaftlichen Mitteln zu meistern. Weit richtiger ist die umgekehrte Annahme: diese Regierung ist da, weil der maßgebende Teil der deutschen Kapitalistenklasse erkannt hat, daß für ihn die Probleme wirtschaftlich überhaupt nicht mehr zu meistern und die Privilegien der besitzenden Klasse nur noch durch die Gewalt nach innen und außen zu erhalten sind. Und hier liegt die größere und eigentliche Gefahr, die diese Regierung für die Arbeiterschaft ankündigt: jetzt und in der nächsten Zukunft geht es nicht mehr nur um Löhne und den Bestand sozialer Einrichtungen, sondern um die Existenz der Arbeiterklasse überhaupt. Jetzt und in nächster Zukunft kann es darum für die Arbeiterschaft nur eine Aufgabe geben: gegen die Gewalt der Bourgeoisie muß die Gewalt des Proletariats organisiert werden. **Jetzt gilt das Wort: „Wenn schon Diktatur, dann Diktatur des Proletariats."** Das Wort muß wahr werden.

Einige Tatsachen

„Diese Beispiele reichen aus, um klar erkennen zu lassen, daß die Dinge, die wir gegenwärtig erleben, typische Erscheinungen der Krisen im Konjunkturzyklus des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind. Sie sind typische Erscheinungen, gemessen an der geschichtlichen Erfahrung, und sie sind als typische Erscheinungen auch dadurch gekennzeichnet, daß sie sich international in vergleichbarem, annähernd gleichen Rahmen abspielen, wenigstens überall dort, wo kapitalistische Wirtschaft voll entfaltet ist".

Fritz Naphtali in „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit". Nach einem Vortrag, gehalten am 8. November 1930.

„Was wir heute haben, ist eine der kapitalistischen Wirtschaftskrisen, von der wir schon ähnliche erlebt haben".

Fritz Tarnow in einem Vortrag auf der sozialdemokratischen Unterbezirkskonferenz Hildesheim im März 1931.

„Die Krise muß nach und nach abebben".

Fritz Tarnow in einem Vortrag des Unterbezirks Lüneburg der SPD im April 1931

„Trotz dieser noch nie dagewesenen Häufung von Krisenursachen, glaube ich, daß die Wirtschaft die Wege finden wird, die wieder zum Aufstieg führen, und ich befinde mich damit, soweit ich übersehen kann, in Uebereinstimmung mit ziemlich allen Wirtschaftstheoretikern in unseren Reihen. Die starke Senkung der Zinssätze und der Rohstoffpreise sind nach allen früheren Krisenerfahrungen auch schon die sichtbaren Anzeichen darüber, daß ein Umschwung sich vorbereitet, was natürlich noch nichts über die Zeitdauer sagt". (Hervorhebungen wie im Original.)

Fritz Tarnow in Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse, Referat, gehalten auf dem Leipziger Parteitag der SPD am 1. Juni 1931.

„. . . Die unabwendbare Folge ist, daß mit der Arbeitslosigkeit eine Konjunkturzeit für Gerichtsvollzieher eintritt, daß mit den Arbeitslosen auch Tausende von Abzahlungsfirmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten und daß hinter diesen eine Wirtschaftskrise einherzieht, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat".

E. Weckerle in einer Besprechung der Tarnowschen Schrift „Warum arm sein", Chemnitzer „Volksstimme„ vom 2. März 1928.

„Der Kurszusammenbruch in New York ist nicht durch eine Börsenkrise zu erklären, sondern ist der Ausdruck einer verschleppten Produktionskrise, die infolge des in Amerika verbreiteten Abzahlungssystems mit ungeahnter Wucht auf das Wirtschaftsgefüge niederzugehen droht. Es ist unvermeidlich, daß diese Krise auch Europa in ihren Bereich einbeziehen wird. Auch hier wären die Wirkungen verheerend, weil die neue technische Struktur der Industrie die kapitalistische Wirtschaft ihrer früheren Elastizität beraubt Struktur der Industrie die kapitalistische Wirtschaft ihrer früheren Elastizität beraubt hat."

E. Weckerle in „Auftakt zur Weltkrise?", Chemnitzer „Volksstimme" vom 19. November 1929.

„Die Krise, die zur Zeit die Menschheit mit brutaler Wucht peinigt und peitscht, ist nur der Auftakt zu einer viel grauenhafteren, den ganzen Erdball umspannenden Krise . . ."

„Die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise hat einen permanenten Charakter . . ."

„So sicher der Kapitalismus mit seinem Latein zu Ende ist, so sicher ist auch, daß er nun Fraktur reden wird. Die große Lohnabbau-Offensive ist nur das erste Wort in der neuen Sprache. Er wird sie im selben Maße verschärfen, als der Weltmarkt der Schrumpfung verfällt. Denn in ihrem tiefsten Grunde bedeutet diese, daß der Kapitalismus nicht mehr bestehen kann, ohne die Menschheit in den Zustand der Barbarei zurückzuwerfen . . ."

Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse. 1. Buch der Roten Bücher. Erschienen 1930.

„. . . . volle Einigkeit wird allenfalls bestehen über die Verantwortlichkeit des kapitalistischen Systems und hinsichtlich der Notwendigkeit seiner Ablösung durch den Sozialismus, aber nicht zugleich auch über die unmittelbar einzuschlagenden Schritte. Hier trennen sich die Meinungen, weil auch die Beurteilungen des Charakters dieser Krise auseinandergehen. Wir sehen diese anders als die andern. Wir deuten sie als Abenddämmerung des Kapitalismus, während die andern sie im wesentlichen den seit Jahrzehnten üblich gewordenen Krisen gleichstellen und allenfalls nur einen Unterschied im Grad der Schärfe gelten lassen. Wir sagen den Arbeitern, daß diese Krise für sie eine dauernde Weltverfinsterung, den sozialen Abstieg einleite, während die andern in ihr nur eine Wolke erblicken, die, wenn auch vielleicht weniger rasch als sonst, sich wieder verziehe und hinter der ein heller Himmel zu neuem sozialen Aufstieg der Massen winke. Wir erklären, daß die Krise das Signal zum unmittelbaren Kampf für den Sozialismus sein müsse, dieweil die andern der Auffassung sind, daß erst der Umschlag der Krise in eine neue Konjunktur der Arbeiterschaft die Voraussetzungen für den möglichen Umbau der Gesellschaft schaffe. Wir sagen, daß Intoleranz und Unruhe gegenüber dem Bürgertum des Sozialisten erste Pflicht in der Krise sei, dieweil die andern zur Tolerierung und zur abwartenden Ruhe mahnen."

„Der Klassenkampf" vom 15. Mai 1931 in einer Vorbetrachtung zum Sozialdemokratischen Reichsparteitag.

„. . . . Das nötigte zu einer Frontänderung und führte zur Tolerierungspolitik der Partei gegenüber Brüning. Freilich meinten wir damals (Herbst 1930), daß die Wirtschaftskrise in Deutschland mit 2½ Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt erreicht hätte. Wir haben uns darin geirrt . . ."

(SPD-Abgeordneter Kuttner auf der Berliner Funktionärkonferenz der SAJ nach dem Bericht des „Abend-Vorwärts" vom 31. Mai 1932.)